Nummer 27 Berlin, 3. Juli 1908 20. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II. Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 116000 Exemplare

Inhalt:

Das Parlament der deutschen Gewerkschaften. — Irrfahrten innerhalb der Arbeiterbewegung. — Die Christlichen in der Lausitz. — Internationaler Bergarbeiterkongreß. — Sechster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. — Krise und Arbeiter. — Die Akkordarbeit in den Färbereien. — Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterklasse. — Statistiken. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Politische Nachrichten. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Betriebsunfälle. — **Mißstände im Textilgewerbe.** — Berichte aus Fachkreisen. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streikfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Das Parlament der deutschen Gewerkschaften.

Die letzte Juniwoche dieses Jahres hatte die Vertreter der deutschen Gewerkschaften in der alten Hansastadt Hamburg, auf dem klassischen Boden der modernen Arbeiterbewegung, zusammengeführt, um nach einem Zeitraum von drei Jahren wieder einmal eine Waffenrevision vorzunehmen. Und wo wäre auch in der gegenwärtigen Zeit, in der Zeit des Scharfmacherkollers, ein geeigneterer Ort zu dieser Waffenrevision gewesen, wie die Waffenschmiede der Hamburger Arbeiterschaft, das schmucke Gewerkschaftshaus in Hamburg. Dort in Hamburg hat die Arbeiterschaft mit den Ausbeutern und deren Alliierten schon manchen harten Strauß ausgefochten. Und wenn trotz aller Bedrückungen die Arbeiterbewegung Deutschlands **in Hamburg ein Heer von hunderttausend Streitern,** und zwar von gut disziplinierten Streitern, stehen hat, so zeigt uns wohl diese Tatsache, daß all die reaktionären Schlingen und Fallen eine solche Kulturbewegung in ihrem siegreichen Vorwärtsschreiten nicht aufzuhalten vermögen.

Es waren diesmal nicht große, zu prinzipiellen Auseinandersetzungen nötigende Fragen, welche auf dem Gewerkschaftskongreß zur Beratung standen. Es handelte sich vielmehr in der Hauptsache um Fragen des inneren Ausbaues der Gewerkschaften, um deren Aktionskraft zu erhöhen und ferner darum, zu einigen wichtigen Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung Stellung zu nehmen.

Aus dem Geschäftsbericht der Generalkommission ging hervor, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahren sehr große Fortschritte aufzuweisen hat; daß bereits zirka zwei Millionen deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind, daß aber diese gewaltige Organisation nicht nur von der Regierung zu ignorieren gesucht wird, sondern daß, wie ja auch die letzten Jahre bewiesen haben, die Regierung auch fortgesetzt bemüht ist, neue Maßregeln auszubrüten, mit denen man glaubt, der Gewerkschaftsbewegung Schwierigkeiten machen zu können. Daß angesichts dieser reaktionären Bestrebungen der Regierung die Gewerkschaften die Pflicht haben, wachsam zu sein und die Reaktionäre wissen zu lassen, daß wir uns solche Maßregeln unter keinen Umständen gefallen lassen werden, das versteht sich von selbst. Und der Gewerkschaftskongreß in Hamburg hat mehr wie einmal durch den Mund der verschiedenen Redner, ganz besonders aber durch Legien, die Warnung an die Reaktionäre ergehen lassen, ihre reaktionären Hirngespinnste nicht noch weiter auf den politischen Markt zu bringen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, die deutsche Industrie, deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte zum weitaus größten Teile der Intelligenz der Arbeiterschaft zu danken ist, in uneinbringlicher Weise zu schädigen. Die Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft verdankt man dem erzieherischen Werk der Gewerkschaften, und man sollte demnach eigentlich erwarten, daß man eine solche Quelle des Fortschritts nicht zu trüben oder gar zu verstopfen suchen sollte. Doch soweit sehen ja unsere Scharfmacher, die Einflüsterer der Regierung, nicht, und weil dem so ist, so haben wir ihnen den Staar zu stechen, haben wir sie nicht im geringsten im Zweifel zu lassen, daß in einem Lande der Exportindustrie zwei Millionen organisierte Arbeiter wissen werden, welche Mittel sie in Anwendung bringen, um reaktionäre Strangulationen zu hintertreiben.

In dem mündlichen Geschäftsbericht der Generalkommission, den der Genosse Legien gab, spielte das Projekt, eventuell eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen, eine nicht untergeordnete Rolle. Man ersah aus der Gereiztheit des Tones, mit der dieser Sache Erwähnung getan wurde, daß es der Generalkommission, oder richtiger wohl einzelnen Mitgliedern derselben, recht unangenehm war, daß diese Angelegenheit an die Oeffentlichkeit gekommen ist. Wenn nun der Genosse Legien in seinen Ausführungen von Unloyalität sprach, so läßt sich das wohl von seinem Standpunkte aus verstehen, aber wir müssen demgegenüber feststellen, daß wir uns seine Ansicht darüber, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, wo man berechtigt ist, über ein in Vorbereitung befindliches Projekt zu reden, nicht zu eigen machen können und nicht zu eigen machen werden. Offiziell, sagt Legien, habe sich die Generalkommission nicht mit diesem Plane befaßt, und infolgedessen sei man nicht berechtigt, von einem Plane der Generalkommission zu reden. Nun, wir vermögen derartige feine Unterscheidungen zwischen offiziell und inoffiziell nicht zu machen, denn von der inoffiziellen bis zur offiziellen Handlung ist doch in der Regel nur ein kleiner Schritt. Die freie Meinungsäußerung lassen wir uns also durch solche feine Unterscheidungen nicht nehmen. Und daß die Sache schon mindestens halb gereift ist, das ging ja aus den weiteren Ausführungen Legiens ganz deutlich hervor. Offenbar weiß man nur noch nicht recht, wie man es bei dem niedrigen Stande der weiblichen Mitglieder in den anderen Organisationen denjenigen Organisationen gegenüber, die mit weiblichen Mitgliedern gar nicht zu rechnen haben, rechtfertigen soll, solche erhebliche Mehrausgaben zu machen, wie sie mit der Herausgabe eines Frauengewerkschaftsblattes verknüpft sind. Und nun, da unsere Organisation mit ihren 55 000 weiblichen Mitgliedern von dem ganzen Projekt nichts wissen will, würden sich solche hohen Kosten erst recht nicht rechtfertigen lassen. Unser Standpunkt dieser Frage gegenüber ist der, den die Agitationskommission der gewerkschaftlich organisierten Frauen einnimmt, die von einer solchen Zeitung ebenfalls nichts wissen will. Die Redaktion des „Textilarbeiter" nimmt heute das erstemal zu dieser Sache Stellung und muß erklären, daß eine Organisation, wie die unserige, deren Mitglieder zu mehr denn 40 Proz. aus weiblichen Personen besteht, **aus rein taktischen Gründen es ablehnen muß, die gewerkschaftliche Erziehung der weiblichen Mitglieder in die Hände von Personen zu legen, welche mit unserer Organisation in gar keinem beruflichen Verhältnis stehen.** Die Erziehung der Mitglieder zu einheitlichem Handeln muß von einer Stelle aus geschehen, und diese Stelle kann nur die Redaktion des „Textilarbeiter" sein, die mit dem Vorstand der Textilarbeiterorganisation in engster Fühlung steht und dessen Aktionen vorbereitet und unterstützt. Daher lehnen wir es ja auch ab, die „Gleichheit" allen weiblichen Mitgliedern zu geben; wir haben das auch in Leipzig wieder abgelehnt. Wir geben die „Gleichheit" nur an jene weiblichen Mitglieder, die mit noch anderen Mitgliedern zusammenwohnen und wo eins dieser Mitglieder den „Textilarbeiter" bekommt. Es besteht also in diesem Falle die Möglichkeit, daß sich auch die Leserinnen der „Gleichheit" im eigentlichen Verbandsorgan über ihre spezifischen Berufsinteressen unterrichten können. Und an diesem Grundsatz muß auch für alle Zukunft festgehalten werden. **Aus diesem Grunde müßten wir uns auch dagegen wenden, daß der „Textilarbeiter" mit einer Frauenbeilage versehen herausgegeben wird.** Ja, wir [illegible] eine besondere Rubrik für Frauen im „Textilarbeiter" einrichten, weil die Gefahr besteht, daß dann eben nur diese Beilage bezw. diese Rubrik gelesen wird, während der übrige Inhalt des Fachblattes, welcher für die weiblichen Mitglieder ebenso wichtig ist, wie für die männlichen, liegenbleiben würde. Wir können den Grundsatz **nicht** verlassen, männliche und weibliche Mitglieder gleichermaßen zu erziehen, und daher müssen wir alles zurückweisen, was diesem Grundsatz zuwiderhandelt. Die Abgabe der gewerkschaftlichen Frauenzeitung an unsere weiblichen Mitglieder würde diesem Grundsatz zuwider sein und die Aktionen der Organisation geradezu unmöglich machen, und daher lehnen wir diese Zeitung ab. Und wenn man trotzdem eine solche Zeitung schaffen würde, so wäre das nichts weiter, wie ein zweckloses Hinauswerfen von Geld. Der Genosse Legien sagte zwar, daß wenn man zu der Ansicht komme, daß die Gründung der Zeitung nützlich sei, man sie schaffen werde, auch ohne unseren Verband, nun, das wollen wir ruhig abwarten. Unsere Organisation hat sich inzwischen aus innen heraus derart entwickelt, **daß man sie nicht mehr, wie man es bisher vielfach beliebte, mit einer schnippischen Bemerkung zur Seite schieben kann.**

Bei dieser Gelegenheit gleich noch ein paar Worte zu dem Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats. Wenn sich die Referentin auf ihren schriftlichen Bericht beschränkt hätte, so würden wir, trotzdem er unserer Organisation gegenüber auch schon in einem recht überhebenden Tone gehalten war, lächelnd hinweggegangen sein. Aber da es der Genossin Altmann beliebte, nicht nur die in dem schriftlichen Bericht enthaltenen Ueberhebungen zu unterstreichen, sondern sie uns sogar den völlig unmotivierten Vorwurf machte, wir hätten es nicht verstanden, die von den Referentinnen angeworbenen Mitglieder zu halten, so müssen wir doch der überschwänglichen Phantasie der Genossin Altmann über den Zuwachs an weiblichen Mitgliedern durch die Referate der vom Arbeiterinnen-Sekretariat vermittelten Referentinnen etwas von der nackten Wirklichkeit entgegenhalten. Nach dem Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats muß der Uneingeweihte den Eindruck gewinnen, als sei die Zunahme der 26 000 weiblichen Mitglieder in der Hauptsache die Wirkung der Versammlungen mit weiblichen Referenten. Demgegenüber verweisen wir nur auf die Tatsache, daß sämtliche Gauverwaltungen auf den Gaukonferenzen berichteten, daß der geringe Erfolg bei Agitationstouren mit weiblichen Referenten die hohen Kosten solcher Touren nicht rechtfertige. Und die Gaukonferenzen beschlossen daher, in Zukunft von solchen Agitationstouren mit weiblichen Referenten **Abstand** zu nehmen, oder nur dann Gebrauch von solchen zu machen, wenn in einem Gau besondere aktuelle Verhältnisse Referate von Frauen zweckdienlich erscheinen lassen. Daraus wird die Genossin Altmann erkennen, daß man ihr sehr übertriebene Angaben über den durch Referentinnen gewonnenen Mitgliederzuwachs gemacht hat. Die Genossin Altmann würde in Zukunft gut tun, sich an unsere Gauverwaltungen zu wenden, die würden ihr genaue Zahlen über den Gewinn von Mitgliedern in solchen Versammlungen angeben können. Wenn wir boshaft sein wollten, so könnten wir die Zahl der auf diese Weise gewonnenen Mitglieder angeben; die Genossin Altmann würde da ein recht langes Gesicht machen, wenn sie die Zahl zu Gesicht bekäme. Wenn wir in den letzten zwei Jahren 26 000 weibliche Mitglieder gewannen, so gewannen wir sie in der Hauptsache durch die zahlreichen Lohnbewegungen, die von unseren Verbandsfunktionären eingeleitet und geleitet wurden. Damit wollen wir nun keineswegs die Agitation der weiblichen Referenten herabsetzen. Das kommt uns nicht in den Sinn. Aber wir können auch nicht zugeben, daß sich andere mit Erfolgen schmücken, die auf das Konto unserer Verbandstätigkeit zu setzen sind. Das allerdings sollte auch die Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats wissen, denn es ist eine Erfahrung, die in allen Organisationen gemacht wird, — sie sollte wissen, daß es bei Masseneintritten von Mitgliedern in die Gewerkschaften so zu gehen pflegt, wie bei der bekannten Echternacher Springprozession: man macht zwei Schritte nach vorwärts und hupft dann wieder einen Schritt zurück. Bei solchen Masseneintritten tritt in kurzer Zeit immer ein Teil wieder aus, und es hat bisher noch keine Organisation das Mittel entdeckt, durch welches dieser Austritt verhindert werden kann; sollte es im Arbeiterinnen-Sekretariat entdeckt worden sein, so sollte es uns sehr freuen, wenn man es uns zur Kenntnis brächte.

Was die weiteren Verhandlungen des Kongresses anbetrifft, so war es zunächst das Referat der Genossin Grünberg über die Agitation unter den Dienstboten, welches großen Anklang fand. Die Referentin brachte in eindrucksvollster Weise die skandalösen Ausbeutungsmanieren, deren sich die „Herrschaften" den Dienstboten gegenüber bedienen, zur Kenntnis des Kongresses, ihn auffordernd, mit aller Entschiedenheit gegen die Gesindesklaverei anzukämpfen. Eine längere Debatte rief auch die Frage des Heimarbeiterschutzes hervor, die ebenso, wie das Kost- und Logisunwesen einer dringenden und umfassenden Reform bedarf. Sehr lehrreich war der Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat, den der Genosse Robert Schmidt erstattete. Wir möchten unsere Mitglieder nur bitten, sich das Protokoll des Gewerkschaftskongresses anzuschaffen, da dieses eine große Menge wertvolles Material über unsere sozialpolitischen Verhältnisse enthält. Denn nicht nur das Referat des Genossen Schmidt, sondern ganz besonders das Referat des Genossen Molkenbuhr, der über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland sprach, enthält sehr wertvolles, historisches und aktuelles Material.

Der Punkt „Grenzstreitigkeiten" zwischen den einzelnen Gewerkschaften, nahm fast einen ganzen Tag zur Erledigung in Anspruch. Wir haben uns an dieser Debatte nicht beteiligt, da wir an dieser Streitfrage nur gering beteiligt sind. Es wären bisher in der Regel nur die Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, welche an einigen Stellen den Versuch unternahmen, namentlich in Jutebetrieben und Appreturanstalten Mitglieder in ihren Verband aufzunehmen. Wir glauben aber, daß diese Fälle immer weniger eintreten dürften und sind der Ueberzeugung, daß, wenn der gute Wille nicht vorhanden ist, solche Reibungen zu vermeiden, die beste Resolution des Gewerkschaftskongresses auch nichts ausrichten kann. Die Frage, ob der Industrieverband oder die Berufsorganisation die zweckmäßigste Organisationsform sei, wurde hierbei auch mit betrachtet, aber nur einer oberflächlichen Erörterung unterzogen, da bei den kleineren Organisationen nicht viel Neigung zur Schaffung von Industrieverbänden besteht. Neben dieser Frage war es besonders die Frage der Maifeier, welche eine längere Debatte hervorrief. Der Kongreß tat, was er unter den gegebenen Verhältnissen nur tun konnte, er nahm die zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission getroffene Vereinbarung an, beauftragte aber die Generalkommission, noch einmal mit dem Parteivorstande in Unterhandlungen zu treten, um event. noch eine andere Vereinbarung, die bezüglich der Unterstützungsfrage bessere Vorschläge enthält, zu treffen. Die übrigen Verhandlungsgegenstände reichten an Bedeutung gewiß auch an die hier erwähnten heran. Zu einer längeren Debatte kam es aber nur noch bei dem Punkt: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel." Auch diese Debatte enthält sehr gute Winke für die Anwendung dieses Kampfmittels.

Im allgemeinen können wir daher sagen, daß der Hamburger Gewerkschaftskongreß, der sich in seinen Verhandlungen durch ruhige Sachlichkeit auszeichnete, dazu beitragen dürfte, der deutschen Gewerkschaftsbewegung in derselben Weise wie seine Vorgänger, die Bahn zu neuen Erfolgen zu ebnen.

Die Mitglieder der bisherigen Generalkommission wurden wiedergewählt und außer diesen aber auch noch der Genosse Bauer-Berlin, sowie unser Kollege Hübsch.

Irrfahrten innerhalb der Arbeiterbewegung.

Es war auf einem unserer letzten Gewerkschaftskongresse, wo der alte Schweizer Parteiveteran, Genosse Greulich, in einer Festansprache einen Vergleich zog zwischen dem Auszug der Kinder Israels aus dem pharaonischen Frondienst und dem Auszug aus dem kapitalistischen Frondienst, den die Arbeiterklasse durch die moderne Arbeiterbewegung angetreten hat. Jene biblische Legende erzählte uns von dem Auszuge der Kinder Israels aus Egypten nach dem gelobten Lande und über das 40jährige Herumirren in der Wüste, weil man nicht einig war, sondern bald hierhin, bald dahin, aber nicht auf dem richtigen Wege vorwärts ging. Die sozialistische Gesellschaftsordnung bezeichnete Greulich als das „gelobte Land", als das Ziel, dem die Arbeiterschaft bei ihrem Auszuge aus dem kapitalistischen Frondienste zustrebt. Wie aber die Kinder Israels infolge innerer Zwistigkeiten, bald von dieser, bald von jener Gruppe auf Irrwege geleitet, erst viele Jahrzehnte in der trostlosen Wüste herumgeirrt seien, ehe sie dann den zum Ziele führenden Weg einhielten, so solle es wohl auch das Schicksal der modernen Arbeiterbewegung sein, in der öden Wüste der Irrungen herumgeführt zu werden, ehe sie, das richtige Ziel klar erkennend, den Weg einhält, der aus dem kapitalistischen Frondienst hinüberführt in das gelobte Land des Sozialismus. Man wird zugestehen müssen, daß dieser Vergleich nicht so ganz unzutreffend ist. Denn wir müssen sehen, daß es denjenigen Elementen, welche von der Uneinigkeit der Arbeiter profitieren, immer und immer wieder möglich wird, die Arbeiter vom rechten Wege ab und auf Irrwege zu leiten. Und wenn wir hier nur speziell das gewerkschaftliche Gebiet der Arbeiterbewegung ins Auge fassen, so erblicken wir auch hier der Irrwege nicht zu wenige. Wir sind der Ansicht, daß auf dem Gebiete des

Wirtschaftslebens **unter Arbeitern keine Trennung stattfinden dürfe.** Die Arbeiter sind in unserem Staatswesen, in dem nur die kapitalistische Produktionsweise protegiert wird, **Objekte der kapitalistischen Ausbeutung;** ganz gleichgültig, ob sie fromme Christen oder Andersgläubige, ob sie Sozialdemokraten, Ultramontane, Christlich-Soziale oder sonstwas sind. Die Objekte der kapitalistischen Ausbeutung, die Arbeiter und Arbeiterinnen, müßte der gemeinsame gesellschaftliche Zweck: die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, zu einer einzigen Organisation zusammenführen, da alle Tage zu ersehen ist, daß die Nutznießer der Arbeitskraft nur deshalb als schrankenlose Ausbeuter auftreten können, **weil es immer wieder gelingt, die Arbeiter uneinig zu machen.** Wir haben ja in den letzten Monaten gesehen, daß das Unternehmertum durch Gründung von gelben Gewerkschaften und vaterländischen Streikbrechervereinen die Zersplitterung der Arbeitereinigkeit noch mehr zu fördern suchte, wie bisher. Und wohin das führt, das sehen wir ringsum; **täglich verbluten die Wünsche der Arbeiter, und mögen sie noch so gerecht sein, unter den Krallen des Egoismus der Scharfmacher.** Das wäre nicht der Fall, wenn die Arbeiter, anstatt sich in feindliche Heerlager zueinander bringen zu lassen, **als in sich geschlossene Kolonnen ihre Front nur gegen ihre wahren Gegner, gegen das ausbeutende Kapital richteten.** Und wenn wir nun sehen, welcher enorme Schaden den Interessen der Arbeiter durch solche bedauerlichen Erscheinungen zugefügt wird, so haben gewiß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche diese Schädigung einsehen, die im eigenen Interesse liegende Pflicht, dafür zu sorgen, **daß diesem brudermörderischen Kampfe Einhalt getan werde.**

Wenn die Unternehmer einen solchen brudermörderischen Kampf unter den Arbeitern entfesseln, wenn sie die Arbeiter, von denen ein Teil unser ganzes Wirtschaftsleben fast gar nicht kennt, durch Vorspiegelungen von „Wohltaten" oder durch Versprechungen auf Irrwege leiten, so ist das, wie man aus dem Vorhergesagten ersehen haben wird, sehr gut zu verstehen. **„Teile und herrsche",** das ist ja der Grundsatz, von dem die Unternehmer sich leiten lassen. **Was soll man aber dazu sagen, wenn sich trotz aller üblen Erfahrungen, in den Arbeiterkreisen selbst Leute finden, welche der Zersplitterung der Einigkeit der Arbeiter durch Wort und Tat Vorschub leisten.** Gewiß, beim Unternehmer verstehen wir es, warum er unter den Arbeitern die Uneinigkeit pflegt; er hat ein materielles Interesse daran. Erhält er die Arbeiter uneinig, so fällt es ihm leichter, ihre Interessen den seinigen unterzuordnen. Eine Lohnreduktion, Verweigerung der Bezahlung für Warten, für Verarbeiten von schlechtem Material, die Verhängung rigoroser Strafen und ungerechtfertigter Schadenersatzabzüge, **alles das läßt sich viel leichter durchführen, wenn die Arbeiter uneinig sind.** Wenn dem aber so ist — und das Gegenteil wird man wohl nicht behaupten wollen —, dann ist es ein unverzeihlicher Fehler, wenn sich Arbeiter dazu hergeben, dem arbeiterschädigenden Treiben der Unternehmer Vorschub zu leisten, indem auch sie noch eine Zersplitterung der Arbeitereinigkeit herbeizuführen suchen. Solche Bestrebungen machen sich nämlich wieder einmal in einigen Orten unserer Industrie bemerkbar. In Gera hat man eine „Freie Vereinigung" für die Textilarbeiter gegründet, und in Krefeld hatte man es versucht, eine solche Vereinigung zu gründen, ist aber, wie wir bereits berichteten, resultatlos auseinander gelaufen. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht in Krefeld auf eine andere Weise der Versuch gemacht wird, eine solche Gründung vorzunehmen. Wenn man so etwas sieht, so weiß man nicht, wen man mehr bedauern soll: die „Gründer" solcher Organisationchen, **denen das gewaltige Ringen zwischen Arbeit und Kapital ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist,** oder die Nachläufer jener „Gründer", die wieder auf einen Irrweg gelockt worden sind oder gelockt werden sollen und die früher oder später wieder um eine Erfahrung reicher, enttäuscht in das Lager ihrer Kollegen zurückkehren werden. Wir sollten meinen, daß gerade die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt in der Textilindustrie Deutschlands **die Arbeiter gewitzigt und davor gefeit haben sollten, solche Torheiten zu begehen und zu unterstützen.** Denn wer nur einigermaßen die Geschichte der deutschen Textilarbeiterbewegung kennt, der wird einsehen müssen, daß diese Organisationchen der Lokalisten zu vollständiger Unfruchtbarkeit verurteilt sind. Warum gab es denn die letzten Jahre an verschiedenen Stellen Zerwürfnisse in der Organisation? Nun, weil die vereinigte Koalition des Unternehmertums mehrfach Aktionen in die Wege leitete, denen die Organisation noch nicht gewachsen war. Das war damals bei der sächsisch-thüringischen Aussperrung und namentlich bei der Aussperrung in Krefeld der Fall. Daraus sollte man aber ersehen, daß es grundverkehrt ist, wenn man durch Gründung solcher Lokalorganisationchen die Aktionsfähigkeit der großen Organisation erschwert. Wenn die große Organisation mit ihren 120 000 Mitgliedern noch zu schwach war, die Aktionen, welche die Unternehmer in die Wege leiteten, abzuwehren — **ja, glaubt denn da jemand mit gesundem Menschenverstande, daß dann die kleinen Lokalvereine auch nur das Geringste ausrichten können?** Schon ist für Sachsen-Thüringen eine Aussperung der Textilarbeiter angedroht, und da kann sich wohl jeder leicht ausmalen, was dazu gehört, einen solch frechen und brutalen Akt des Unternehmertums abzuwehren. Und wer bürgt uns denn dafür, **daß das Unternehmertum nicht Aktionen von noch weit größeren Dimensionen in die Wege leitet.** Es ist ja gerade das Bestreben der Unternehmer, die einzelnen kleinen Kämpfe durch riesige Aussperrungen von Arbeitern zu so großen Aktionen zu machen, daß die Arbeiterorganisation ungeheure Mittel benötigt, um den kleinen Kampf für die Arbeiter siegreich zu bestehen. Wir sehen es doch jetzt wieder im Erzgebirge, wie es gemacht wird. Am Kampfe zum Zwecke der Zurückweisung der Lohnreduzierung waren im Erzgebirge nur ca. 600 Personen beteiligt. Da war es bei guter Solidarität der Kämpfenden nicht zweifelhaft, daß sie den Sieg davontragen mußten, mochte es auch lange dauern. Das wußte natürlich auch das Unternehmertum. Deshalb kam es und sperrte noch über 2500 Personen aus, so daß jetzt zwecks Zurückweisung der Lohnreduzierung für die 600 Personen zirka 3200 Personen unterstützt werden müssen. Und wenn das die Aktionskraft der Organisation noch nicht bricht, **dann will man noch Zehntausende sächsisch-thüringischer Textilarbeiter aussperren.** Das sind nackte Tatsachen. Und mit diesen nackten Tatsachen muß man rechnen. Und wenn man das tut, so kann man zu keiner anderen Ueberzeugung kommen, als wie zu der, **daß eben die Organisation noch weit größer und finanziell kräftiger gemacht werden muß.** Nur eine finanziell gut fundierte Riesenorganisation der Arbeiter kann dem Aussperrungshunger der Scharfmacher ein Ende machen, **niemals aber die kleinen Lokalorganisationen.** Man sehe doch nach England; dort ist ja schon, was wir schaffen müssen. Auf dem internationalen Kongreß in Wien, da betonten die englischen Delegierten mehrfach, daß sie **ein Verbandsvermögen von 24 Millionen Mark besitzen.** Nun vergegenwärtige man sich doch nur einmal, wie die Situation in Deutschland beschaffen sein würde, wenn unsere Organisation über das Vermögen der englischen Organisation verfügen würde. Glaubt man denn, daß das Unternehmertum sich dann auch solche dreiste Herausforderungen erlauben würde? Sicherlich nicht; denn dann wollten wir ihm schon Mores lehren. Und wenn es eine Aussperrung von 100 000 Arbeitern vornehmen sollte, dann könnten wir ihm zu einem Tanz von einem halben Jahr aufspielen, daß inzwischen gar manchem der Beteiligten die Puste ausgegangen sein würde. Aber die Unternehmer würden sich hüten, solche Aktionen gegen uns in die Wege zu leiten, wenn sie an einem einfachen Rechenexempel feststellen könnten, daß ihre Betriebe viele Monate lang geschlossen bleiben müßten. So etwas kann eine Exportindustrie nicht riskieren, **denn sie würde sonst vom Markte gedrängt werden.** Namentlich die deutsche Textilindustrie, die gegenüber einer ganzen Reihe von Ländern eine scharfe Konkurrenz zu bestehen hat, die könnte sich auf ein solches Experiment nicht einlassen. Und dann laufen doch auch solche lang andauernde Aussperrungen dem Zweck der Aussperrung zuwider. Warum nimmt denn das Unternehmertum solche Riesenaussperrungen vor? Nun, einfach zu dem Zwecke, um recht schnell die Arbeiter wieder in den Betrieben zu haben, um zu verhindern, daß die Betriebe lange still stehen müssen. Aus dieser Tatsache aber ergibt sich die Taktik, die von der Organisation der Arbeiter eingehalten werden muß. Und erster Grundsatz dieser Taktik ist: **alles zusammenhalten.** Alles Zusammenhalten an Mitgliedern und an Geld, was nur zusammengehalten werden kann, **um dahin zu kommen, daß den Unternehmern mit ihren Aussperrungsaktionen einmal Halt geboten werden kann.**

Können denn die kleinen, von den Lokalisten geschaffenen Organisationchen — auch wenn die Mitglieder eine Mark und mehr Beitrag zahlen, — **solche Aktionen verhindern?** Nein, niemals! Dazu sind sie numerisch wie finanziell zu bedeutungslos. Die paar Mitglieder können die Unternehmer jahrelang aussperren, ohne sich wegen der Fortführung der Betriebe graue Haar wachsen zu lassen. Anders ist es aber bei einer zentralen Organisation von 100 000 und mehr Mitgliedern. Hier muß nur dafür gesorgt werden, daß die nötigen Finanzen vorhanden sind, und das Verhältnis wird gleich ein ganz anderes. Bei guten Finanzen kommen eventuell viele Betriebe monatelang zum Stillstand, und da wir solchen Aktionen nur bei gutem Geschäftsgange begegnen würden — bei schlechtem Geschäftsgange würden wir uns auch nicht aufs Eis locken lassen —, so würde es dem Unternehmertum bald nicht mehr möglich werden, solche Aktionen zu riskieren.

Jeder Arbeiter also, der einer jener Lokalorganisationen beitritt, gelangt auf einen Irrweg **und wirft sein Geld direkt zum Fenster hinaus.** Es liegt daher nur im Eigeninteresse solcher irregeleiteter Kollegen, wenn sie von dem Betreten dieser Irrwege abgehalten werden. Alles zusammengehalten, das ist, so sagten wir, der erste Grundsatz einer erfolgreichen Aktion den Unternehmern gegenüber. Und dieser Grundsatz, der zur Folge haben soll, eine unbezwingliche Macht in der Arbeiterorganisation zu schaffen, er muß natürlich unser ganzes Verbandsleben beherrschen; und zwar nach innen wie nach außen. Eine Organisationsleitung, welche täglich die Mängel fühlt, welche der Organisation anhaften und welche in Erfahrung bringt, auf welche Weise diese Mängel beseitigt werden können, würde ihre Pflicht aufs allerschwerste verletzen, **wenn sie untätig die Dinge laufen ließe, wie sie gerade laufen.** Nein, eine Organisationsleitung, die im Interesse der Arbeiter ihre Pflicht erfüllen will, die einer Organisation vorsteht, welche, wie wir vorstehend gezeigt haben, so große Aufgaben zu erfüllen hat, wie die deutsche Textilarbeiterorganisation sie erfüllen muß, **sie hat auf die Erfüllung dieser großen Aufgaben hinzuarbeiten.** Gerade bis zur letzten Generalversammlung machten viele Mitglieder der Organisationsleitung zum Vorwurf, daß sie in der Frage höherer Beiträge hinter den Wünschen weiter Mitgliederkreise zurückbleibe. Man sagte mit Recht, **Ihr an der Spitze der Organisation, wo alles an Euch vorüberdefiliert, Ihr müßt doch am besten sehen, wo es fehlt.** Und so ist es auch. Die Organisationsleitung nahm deshalb vor der letzten Generalversammlung Gelegenheit, den Mitgliedern die Notwendigkeit höherer Beiträge vor Augen zu führen und die Gründe, welche sie dafür vorbrachte, **waren so stichhaltig, daß von den 170 Delegierten nur 4 dagegen stimmten.** Wie nun überall, so gibt es natürlich auch in unserer Organisation Personen, welche die Verhältnisse nur oberflächlich beurteilen und demzufolge die Notwendigkeit höherer Beiträge nicht einsehen können. Diese Leute befinden sich noch vielfach im unklaren, wissen nicht, sollen sie dem Verbande treu bleiben oder austreten. Und diese Gelegenheit nehmen nun die paar Lokalisten und Anarchosozialisten, **die sich in Berlin total abgewirtschaftet haben, wahr, um ihre Kuckuckseier in das Nest der zentralen Organisation zu legen.** Mit einem Sträußchen radikaler Phrasen, vermengt mit einer Anzahl gemeiner und erlogener Verdächtigungen einzelner unserer Verbandsfunktionäre, einer großen Portion Eigenlob, welches bekanntlich stinkt, und mit Anpreisung des „billigen Jakob" suchen sie die wankelmütigen Kollegen in die Falle zu locken; **mit welchen Folgen,** das haben wir vorstehend gezeigt. Wer das nicht als Warnung nimmt und den falschen Lockrufen der Einigkeitsstörer fernbleibt, **nun der ist nicht zu bedauern, wenn er später recht trübe Erfahrungen machen wird.** Wir rufen aber unsere Mitglieder allerwärts auf die Schanzen, um diesen Einigkeitsstörern den verdienten Laufpaß zu geben. Wie wir gezeigt haben, wird der Weg, den die Organisation gehen muß, **vorgezeichnet durch das Verhalten der Unternehmerorganisationen.** Je größere Aktionen diese unternimmt, je mächtiger muß unsere Organisation ausgerüstet werden, **bis eines Tages die Rüstung eine so gute geworden ist, daß das Unternehmertum die Erfolglosigkeit seiner brutalen Aktion einsieht und die Arbeiterorganisationen als Interessenvertretung der Arbeiterschaft anerkennt.** Dann haben wir das geschaffen, was die englischen Textilarbeiter bereits besitzen.

Zwei Punkte waren es also, welche die Generalversammlung in Leipzig mit der größten Gewissenhaftigkeit regeln mußte, wenn die Organisation der Machtfaktor werden soll, der er sein muß. Sie mußte erstens die Einnahme des Verbandes erhöhen **und zweitens Vorsorge treffen, daß nicht mehr in solch unverantwortlicher Weise viele Zehntausende von Mark durch Disziplinlosigkeit direkt in den Dreck hineingetreten werden, wie das mit den 80 000 Mk. in Krefeld geschehen ist.** Beide Beschlüsse in dieser Sache liegen im ausgesprochensten Interesse der Arbeiter. Denn die Ueberzeugung, daß, so wie in Krefeld, die Beiträge der Mitglieder nicht in den Dreck getreten werden dürfen, war wohl zu mehr denn 99 Prozent unter den Mitgliedern vorhanden. Und es entspricht nur den Gesamtinteressen aller Mitglieder, wenn die Generalversammlung in Leipzig dem Zentralvorstande die Möglichkeit in die Hände gab, **einer solchen zwecklosen Geldverwüstung vorzubeugen.** Dadurch wird keine Paschawirtschaft etabliert, wie es die Lokalisten zu behaupten wagen, aber es wird der Nichtswürdigkeit ein Ende gemacht, **daß, wie in Krefeld, erklärt werden kann: „Wir streiken nicht, weil wir etwa glauben noch gewinnen zu können, sondern nun streiken wir noch 14 Tage, damit die Organisation ihr Geld los wird."** Eine Generalversammlung, die solcher Niederträchtigkeit keinen Riegel vorschieben würde, müßte sich schämen vor der ganzen Arbeiterbewegung. Daß nun dieser Beschluß der Generalversammlung jenen Krefelder Arbeitern nicht gefällt, die, wie wir an ihrem Ausspruch gezeigt haben, wenn es ihnen in den Kopf kommt, streiken wollen, **nur damit die Organisation ihr Geld los werde,** das können wir wohl verstehen; denn Leute, die so blindlings mit dem Kopfe gegen die Wand rennen, die werden auch nie verstehen wollen, daß eine solche Maßregel nur im Interesse der Mitglieder liegt. Wenn daher in Krefeld, in Gera und noch an einigen Orten die Einigkeitszerstörer gerade dieser Beschlüsse der Generalversammlung wegen, Beschlüsse, die nur gefaßt wurden, **um die Organisation vor schwerem finanziellen wie moralischem Schaden zu bewahren,** die Parole ausgeben: **„Heraus aus dem deutschen Textilarbeiterverband,"** so richten sie sich damit selbst **und geben uns aber Veranlassung, diesem Treiben der Schädlinge ganz entschieden Einhalt zu gebieten.**

Wir richten daher hiermit an alle unsere Mitglieder den Appell, etwaige wankelmütige Mitglieder davon zu überzeugen — eventuell unter Benützung der vorstehenden Ausführungen — **daß wir uns auf dem rechten Wege befinden und es nur ihr Schaden sein kann** wenn sie aus der Organisation austreten. Dann aber richten wir die Aufforderung an unsere Funktionäre, dafür zu sorgen, **daß dort, wo sich ein solcher lokalistischer Unkenrufer niederlassen will, dem Burschen eine Belehrung mit auf den Weg gegeben werde, daß ihm die Lust zum Wiederkommen vergeht.**

Es wird zu allen Zeiten Personen geben, die im Interesse des Fortschritts liegende Schritte bemängeln; das wissen wir. Aber darauf, **bis alle Mitglieder eines Sinnes sind, kann eine so große Organisation nie warten,** denn dann würde sie einen Fortschritt niemals zu verzeichnen haben.

Wir haben vorstehend an den täglich sich abspielenden Tatsachen gezeigt, welches Ziel sich eine Organisation der Textilarbeiter Deutschlands, welche ihre Mission richtig erfüllen will, stecken muß, und wir haben die Mittel gezeigt, die sie anwenden muß, um das Ziel zu erreichen. Wir haben dadurch gezeigt, **daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, mit einer alle Kräfte zusammenfassenden Organisation, niemals aber mit einer Organisation, welche die Arbeiter in zahllose kleine Vereinchen auseinanderorganisiert und dadurch nicht ihre Macht, sondern nur ihre Ohnmacht herbeiführt.** Und deshalb meinen wir, daß wir in Vorstehendem den richtigen Weg, den die deutschen Textilarbeiter zu gehen haben, um aus dem kapitalistischen Frondienst herauszukommen, den Weg, den der Zentralverband deutscher Textilarbeiter geht, so deutlich markiert haben, **daß es den Einigkeitsstörern nicht möglich werden kann, Personen mit gesunden Sinnen und ungetrübtem Gesichtskreis auf neue Irrwege zu locken.**

Nicht rechts, nicht links, sondern immer gradeaus müssen wir marschieren und die Hindernisse, die uns die herrschende Klasse in den Weg legt, überwinden, **dann vermeiden wir weitere Irrfahrten, und kommen weit schneller zum Ziele.**

Die Christlichen in der Lausitz.

Nach dem Schluß des Verbandstages der nationalen Arbeitervereine in Halle sandten diese alle ihre Agitatoren hinaus, um die Werbetrommel für die christliche Organisation zu rühren.

Einige Tage zuvor hatte man einen Artikel aus der christlichen „Textilarbeiterzeitung" in den „nationalen Zeitungen" veröffentlicht, in der Absicht, den Mitgliederfang besser treiben zu können.

Man kündigte durch große Plakate an, daß auch allen anderen Rednern fünfzehn Minuten Redefreiheit gewährt sei; und nun konnte der Tanz losgehen.

Als Referenten hatte man einen Herrn Sperrenberg-Gronau gewonnen, welcher nach München-Gladbacher Art sein Referat herunter zu leiern hatte.

In Forst, wo die Versammlung von etwa 50 Personen, meistens alten Freien, besucht war, ging der Referent im Anfang seiner Rede auf das gesunde Verhältnis, welches früher zwischen Meister und Arbeiter bestanden habe, ein; heute genüge es schon, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch zusammensetzen. Die Arbeitgeber sehen dann, daß die Arbeiter etwas gelernt haben.

Es könnte aber auch bei dieser Gelegenheit dem Kapital leicht begreiflich gemacht werden, daß nur die Roten die ewig Unzufriedenen sind.

Die Sozialdemokratie solle es sich nur nicht zu eigen machen, daß Christus der erste Sozialdemokrat im Sinne der freien Gewerkschaften sei; er gehöre als Vorbild der christlichen Gewerkschaft zu.

Bei der Heimarbeitsausstellung in Berlin habe sich die Kaiserin über das Elend entrüstet. (Es blieb aber auch nur bei einer Entrüstung; trotzdem man dringend Hülfe für nötig hielt, ist nach 1½ Jahren nichts Positives getan worden, und auch der Referent verschwieg, was hier zu tun sei.)

In seinen weiteren Ausführungen ging der Referent von seinem eigentlichen Thema ab und griff zur Bekämpfung der Sozialdemokratie über.

Er beschäftigte sich mit Krankenkassen, Konsumvereinen, Kommunen mit sozialdemokratischen Vertretern, Arbeiterzeitungen usw.

Aber alles, was er vorbrachte, wurde in die schönen Worte gekleidet: „Ich habe gehört; ich habe gelesen; ich kann's nicht behaupten, aber es wird schon so sein."

Trotzdem er es nur gehört hatte, trotzdem er es nicht behaupten konnte, wurde es vorgebracht, um die Anwesenden vor den „Roten" gruselig zu machen.

In der Diskussion wurde den Leuten auch die Wahrheit unverhohlen gesagt, selbst ein Mitglied des Christlichen Verbandes führte ihnen den Fall Behrens vor Augen, aber die Antwort hierauf blieb man schuldig.

Von allen anwesenden freien Kollegen wurden die Redensarten des Referenten glänzend abgeführt.

Als weiterer Diskussionsredner meldete sich auch der neue Geschäftsführer, Herr Voigt, zum Wort. — Selbiger ging natürlich auf Sachen ein, welche mit dieser Versammlung wenig zu tun hatten, nämlich den Kampf vor drei Jahren in Gera-Greiz.

Da nun Herr Voigt die Verhältnisse in Gera-Greiz kannte, sollte man meinen, daß er auch auf das Verhalten des Herrn Rümmele eingehen würde, aber weit gefehlt, hier hieß es nur, gegen die Freien losgehen; und so kam denn der Artikel aus dem Jahre 1905, welcher in der „Reußischen Volkszeitung" enthalten war und die Beendigung unseres Kampfes behandelte, unter die Lupe.

Wir haben ja diesem wenig hinzuzufügen, denn für uns genügt es, konstatieren zu können, daß seinerzeit eine gute Disziplin unter den kämpfenden Kollegen und Kolleginnen vorhanden war und daß man genau wußte, warum man den Kampf abbrach.

Nun hatte man in Greiz auch zur Zeit beim Christlichen Verband 482 Mitglieder und Herr Rümmele ging zum Fabrikanten Rüsch und wünschte, man möge die Christlichen eine Stunde früher einziehen lassen, aber man fand keine Gnade.

Trotzdem sie nun sahen, daß sie gerade nicht anders behandelt wurden, wie wir, machten die Christlichen immer wieder Annäherungsversuche an die Unternehmer, und so hatte man es bei der letzten Reichstagswahl soweit gebracht, daß Herr Rümmele und Herr Beer, die Führer vom Christlichen Verband in Greiz, zur letzten Reichstagswahl mit dem Unternehmer im Auto auf Agitation fuhren.

Auch Volksvertreter!

Das sei Herrn Voigt in Bezug auf die Christlichen in Greiz mitgeteilt. —

Wie es in Forst war, wird er bereits wissen, denn hier hat man auch für einen reaktionären Kandidaten agitiert, und Herr Voigt behauptet selbst: „Die Mitglieder können jeden wählen, nur keinen Sozialdemokraten." Nun ging der Geschäftsführer noch auf das Zweistuhlsystem in Aachen ein und entschuldigte das Verhalten der Christlichen damit, daß er meinte, in Gera, der Hochburg der Freien, sei noch nie etwas Ernsthaftes gegen das Zweistuhlsystem unternommen worden.

Man sieht also, um schnell über eine Sache hinwegzukommen, vergleicht man ganz einfach Gera mit Aachen und sagt: Die Freien machen es nicht anders.

Trotzdem man die Verhältnisse aus eigener Erfahrung gut kennt, zieht man diesen Vergleich und ein Teil der Getreuen glaubt an die Richtigkeit.

Gera — Aachen, welcher große Unterschied liegt darin. Wir glauben, Herr Voigt meint, weil er selbst vor 3 Jahren nach seinen eigenen Angaben große Mengen Kammgarnmaterial für Aachen

versandfertig gemacht hat, man mache in Aachen keine schwereren Artikel. Wenn das der Fall sein sollte, so muß man Herrn Voigt sehr bedauern.

Auf unsere Anfrage, warum man vor 3 Jahren in Aachen arbeiten ließ, haben wir leider keine Antwort erhalten.

Die Christlichen glaubten, in Schlesien etwas mehr Glück zu haben, aber die Trauben hängen in Schlesien noch etwas höher wie hier und man mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Denn es waren nur zwei Referenten und einige Frauen erschienen.

So hat man auch in Schlesien den Beweis erbracht, daß man nur im Deutschen Textilarbeiter-Verband eine entschiedene Vertretung seiner Interessen zu erwarten hat. Möge der Gedanke siegen! Und man wird auf christlicher Seite einen jeden Versuch, Mitglieder zu werben, bald einstellen. M. Hopfe.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Kurz nach Pfingsten tagte in Paris ein internationaler Bergarbeiterkongreß. Die Beschickung war eine sehr zahlreiche. England war durch 75 Delegierte, Frankreich 27, Belgien 10, Oesterreich 2 und Deutschland durch 17 Delegierte vertreten. Von den letzteren waren 13 vom Verband, der jetzt 111 400 Mitglieder zählt; die polnische Delegation zählte 3 (32 500 Mitglieder) Delegierte und die Hirsch-Dunckerschen hatten (2500 Mitglieder) 1 Delegierten entsandt.

Nach einem neuen Reglement wird der Bergarbeiterschaft eines jeden Landes nur eine Delegation zuerkannt; wo mehrere selbständige Organisationen bestehen, da müssen sich dieselben auf eine gemeinsame Delegation einigen, da Sondervertretungen nicht mehr zugelassen werden.

Den Hauptverhandlungsgegenstand des Kongresses bildete die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch die Engländer sind jetzt einmütig für den gesetzlichen Achtstundentag; der Achtstundentag könne zwar durch den gewerkschaftlichen Kampf erreicht werden, doch läge es im Interesse des ganzen Volkes, die Gesetzgebung hierfür dienstbar zu machen. Ihre Resolutionen fordert daher von den Organisationen aller Länder, nicht eher zu ruhen, bis die achtstündige Arbeitszeit von Oberfläche zu Oberfläche gesetzlich festgelegt sei. Es wird hierbei ausdrücklich festgestellt, daß sie die Wendung von Oberfläche zu Oberfläche so verstehen, daß Einfahrt und Ausfahrt in die Arbeitszeit mit eingerechnet sei. Auf Antrag der Deutschen und Oesterreicher werden auch die Obertagsarbeiter in die Forderung mit einbezogen.

In bezug auf den Minimallohn auf Grund von Tarifverträgen wurde den deutschen Anträgen zugestimmt, aber auch einem französischen, welcher die Festsetzung von Minimallöhnen durch das Gesetz vorsieht.

Es folgte die Regulierung der Produktion. Die Belgier und die Franzosen haben je eine Resolution eingebracht, in denen gefordert wird, daß bei Streiks die Bergarbeiter der benachbarten Länder die Kohlenproduktion durch Arbeitseinstellung einzuschränken haben. Auf Antrag Hues wird dieser Antrag dem Internationalen Komitee überwiesen. Hue bemerkte, daß Deutschland nur 6 Prozent seiner Kohlen ausführe, während England bis zu 30 Prozent exportiere. Die Engländer müßten sich also vor allen Dingen klipp und klar äußern, wie sie zu diesem Antrag stehen. Das taten sie aber bezeichnenderweise nicht, sondern erklärten nur, daß sie sich darüber nicht äußern würden. Sie traten aber auch für Ueberweisung der Forderung an das Internationale Komitee ein, vielleicht in der Hoffnung, daß dieses die Forderung klanglos begraben werde. Wurde doch das Internationale Komitee gelegentlich durch Zuruf „Internationaler Papierkorb" genannt.

Bei Verbesserung der Berggesetze werden von den Delegierten aller Länder Klagen vorgebracht, wegen ungenügender Inspektion der Gruben. Während die Gesetze zum Schutze des Eigentums auf das schärfste durchgeführt werden, finden die Gesetze zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter viel zu geringe Beachtung und ihre Umgehung ungenügende Sühne. Eine Resolution der Engländer, welche alle Landesorganisationen auffordert, die Verbesserung der Berggesetze energisch zu betreiben, wurde angenommen.

Kinder- und Frauenarbeit. Ein Antrag der Deutschen und Oesterreicher forderte das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in den Bergwerken, ebenso die der Jugendlichen in dem Alter von 16 Jahren im unterirdischen Betrieb. Hier nahmen die Engländer wieder eine sonderbare Haltung ein (die uns aber nicht in Erstaunen setzt, denn unsere englischen Kollegen auf dem Wiener Kongreß machten es bei Erörterung dieser Frage keineswegs besser). Edwards erklärte, daß die englische Delegation sich an der Debatte zu diesem Punkte nicht habe beteiligen wollen, aber auf das Drängen der Deutschen wolle er erklären, sie seien im Prinzip dafür, hätten von ihren Mitgliedern aber nicht das Mandat, dafür zu stimmen. Die Anträge werden bei Stimmenthaltung der Engländer angenommen. Auch der Antrag, die Frauenarbeit in den Bergwerken gesetzlich zu verbieten, findet nach kurzer Debatte Annahme.

Zur Verstaatlichung der Bergwerke lag ein Antrag vor von den Deutschen und Oesterreichern, sodann zwei weitere von den Belgiern und den Franzosen. Der von den Deutschen gestellte hat die bündigste Form, er lautet: „Die Verstaatlichung (Nationalisierung) der Bergwerke ist erforderlich, um den Gewinn der Nation zu sichern und um allen Raubbau in den Gruben zu verhüten. Den Arbeitern muß aber das völlig freie Koalitionsrecht gesichert sein." Janscheck vom deutschen Verband macht bei der Begründung des deutschen Antrags unter anderem einige interessante Mitteilungen über die Unternehmergewinne im Bergbau. Im Jahre 1906 haben 19 Bergwerksgesellschaften im Ruhrrevier 72 603 000 Mark Dividende verteilt, 41,39 Millionen Mark zu Abschreibungen verwendet und 11,63 Millionen Mark in einen Spezialreservefonds gelegt. Die Polen erklären sich im Prinzip mit der Verstaatlichung zwar einverstanden, aber nicht mit einer solchen durch Preußen. Sie fürchten, daß der preußische Staat diese gewaltigen Machtmittel, die es dadurch in die Hand bekäme, gegen die Polen verwenden würde. Dieser Einwand ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Nicht bloß gegen die Polen, sondern gegen die arbeitende Bevölkerung überhaupt nützt ja der volksfeindliche preußische Staat alle seine Machtmittel aus, aber man darf hier doch auf die Entwicklung der Demokratie bauen, die sich trotz alledem auch im preußischen Staat durchsetzen wird. Der Anfang dazu ist bereits durch die Wahl von sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zum preußischen Landtage gemacht. Gegen die Stimmen der Polen wurden die Anträge angenommen.

Altersrenten- und Versicherungs-Gesetzgebung. Dazu lagen drei Resolutionen vor, in denen eine Altersp ension für alle Bergleute im Alter von 50 Jahren bezw. nach 25jähriger Dienstzeit in der Höhe von 1.60 Mk. täglich (Franzosen) bezw. 480 Mk. jährlich (Belgier) gefordert wird. Sie wurden angenommen, auch ein Antrag der Deutschen und Oesterreicher, welcher eine ausreichende Unterstützung der Bergleute im Falle der Krankheit oder eines Unfalles fordert. Die deutschen Delegierten schilderten hierbei die Unzulänglichkeit der bestehenden deutschen Gesetzgebung.

Am letzten Tage beschäftigte sich der Kongreß mit einem Vorschlag der englischen und französischen Delegation, der eine Verminderung der Kriegsgefahr herbeiführen will. Es werde zur Sicherung des allgemeinen Weltfriedens beantragt, daß die Bergarbeiter alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden sollen, um durch den Druck der öffentlichen Meinung die Regierungen zur Erledigung internationaler Streitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichte zu zwingen. Der Vorschlag wurde nach kurzer Debatte unter großer Begeisterung, mit Ausnahme der Oesterreicher, angenommen. Die österreichischen Delegierten erklärten, sich der Abstimmung enthalten zu wollen, weil diese Fragen nicht einem gewerkschaftlichen, sondern einem politischen Kongresse zuständen. Nachdem dann der Kongreß noch den Bericht des Generalsekretärs entgegengenommen hatte, waren die Arbeiten desselben erledigt und wurden die Verhandlungen geschlossen.

Sechster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

1. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen wurden am Montag, den 22. Juni, eröffnet.

Legien begrüßte die zu gemeinsamer Arbeit für die Interessen des Proletariats erschienenen Delegierten, insbesondere auch die Abgesandten der Bruderorganisationen in Oesterreich-Ungarn, Dänemark, der Schweiz.

Grosse (Lokalkomitee) hieß die Delegierten gleichfalls herzlich willkommen.

Als Vorsitzende werden gewählt Legien und Bömelburg.

Zu Schriftführern werden bestimmt Cohen (Metallarbeiter), Schneider (Fabrikarbeiter), Käppler (Mühlenarbeiter), Wollmann (Porzellanarbeiter), Bartels (Bergarbeiter), Krätzig (Textilarbeiter).

Die Geschäftsordnung des Kölner Kongresses wird unverändert angenommen. Die Verhandlungen finden statt von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

Die Tagesordnung hat folgende Fassung:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommission, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter C. Legien-Berlin.

Beratung der Anträge betreffend:

a) Allgemeine Agitation;
b) Arbeiterinnensekretariat. Berichterstatterin J. Altmann-Berlin;
c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin H. Grünberg-Nürnberg;
d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
e) Streikunterstützung und Streikstatistik;
f) Heimarbeiterschutz;
g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. Berichterstatter P. Blum-Berlin;
h) „Correspondenzblatt";
i) Maifeier.

3. Zentralarbeitersekretariat.

a) Bericht über die Tätigkeit. Berichterstatter R. Schmidt-Berlin;
b) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter E. Lesche-Hamburg.

4. Grenzstreitigkeiten.
5. Die Entwickelung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent H. Molkenbuhr-Berlin.
6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent P. Lange-Hamburg.
7. Die gewerbsmäßige Stellenvermittelung. Referent H. Pötzsch-Berlin.
8. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent O. Allmann-Hamburg.
9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend. Referent R. Schmidt-Berlin.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

In die Mandatprüfungskommission, der auch die Feststellung der Präsenzliste und die Leitung der Wahl der Generalkommission obliegt, werden gewählt: Hübsch (Textilarbeiter), Sachse (Bergarbeiter), Glocke (Holzarbeiter), Schmidt (Gärtner), Knüpfer (Zimmerer), Kloth (Buchbinder), Schultzki (Transportarbeiter).

Bömelburg: Ich schlage ferner vor, eine aus 9 Personen bestehende Redaktionskommission, wie schon früher, heute nachmittag, nach vorheriger Verständigung zu wählen, und ihr auch die Aufgabe zuzuweisen, für die „Grenzstreitigkeiten", zu denen sich schwerlich ein Referent zu aller Zufriedenheit findet (Große Heiterkeit), eine Resolution auszuarbeiten, um der Diskussion, die sonst wieder den früheren Charakter annehmen würde, eine bestimmte Richtung zu geben.

Der Vorschlag wird angenommen.

Es folgt Punkt 2.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Zunächst werden behandelt die Punkte 2a, b, d, e und h.

Legien macht dann zu dem gedruckten Bericht einige Bemerkungen über das Verhältnis zu den Genossenschaften, die Maifeier, die „Gewerkschafts-Frauen-Zeitung" und die Angelegenheit der fremdsprachigen Arbeiter. Ueber den angeblichen Plan der Generalkommission, ein Frauen-Gewerkschaftsblatt herauszugeben, sagt Legien, daß ein solches Projekt nicht existiere.

Den

Kassenbericht

erstattet Kube-Berlin. Im Verhältnis zu früher könne man die Kassenverhältnisse als gute bezeichnen.

Im Auftrage der Revisoren berichtete Cohen (Metallarbeiter), daß sich die Kassenverhältnisse in bester Ordnung befunden haben.

Ueber das

Arbeiterinnensekretariat

referierte Fräulein J. Altmann-Berlin, die auf den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht verweist, der den Zeitraum vom Oktober 1905 bis März 1908 umfaßt.

Es wurden sodann die genügend unterstützten **Anträge** zur Debatte gestellt.

Vorstand des Verbandes der Handlungsgehülfen. Antrag, betreffend die Bewegung der Privatangestellten: „Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß weist die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongreß macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermaßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und sie wie diese von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andere ungünstige Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeitsverhältnis der Arbeiter, sondern auch für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also gleiche Interessen gegenüber dem Unternehmer zu verfechten. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst, noch durch deren offene und heimliche Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums, aber zum Schaden der Angestellten und Arbeiter ausschlagen.

Der Kongreß erklärt daher den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gewerkschaftliche und gesetzliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongreß tritt insbesondere den Ausflüchten des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Sonntagsruhe usw. sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelshülfsarbeiter wie alle anderen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongreß nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Reihen künstlich genährten arbeiterfeindlichen Strömungen als ihnen selbst schädlich erkennen und diesen daher entsagen werden. Denn die Erfolge oder die Mißerfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Je rascher die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe vor- und aufwärts schreitet, desto schneller werden die Angestellten nachfolgen können. Andererseits wird auch die Bewegung der Angestellten zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Arbeitern ihren Kampf zu erleichtern vermögen. Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt diese Tatsachen sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur nötigen Beachtung."

Josephson (Handlungsgehülfe) begründet diesen Antrag unter Hinweis auf den bekannten terroristischen Erlaß der bayerischen Metallindustriellen, der ein prägnantes Beispiel sei für die Bestrebungen der Scharfmacher, die Organisationen der Angestellten zu vernichten und diesen das Koalitionsrecht zu rauben. Das Bestreben der Privatangestellten auf soziale und materielle Besserstellung müsse die Arbeiterschaft energisch unterstützen. (Sehr richtig!)

Raith-München begründet folgenden Antrag:

„Der Gewerkschaftsverein Passau ersucht den Gewerkschaftskongreß zu Hamburg, folgendes zu beachten: In dem Gebiete des bayerischen Waldes stehen noch zirka 8000 Wald- und Forstarbeiter der Organisation fern. Eine geeignete Agitation konnte bis jetzt in diesem Gebiete nicht betrieben werden, da teils die eine Organisation es ablehnte, in diesem Berufe Beschäftigte aufzunehmen, andere wieder nicht agitationsfähig genug waren, um dieses Gebiet geeignet bearbeiten zu können. Es ist darum einer Organisation diese Agitation zu übertragen und ihr auch anheimzustellen, ihren Titel in geeigneter Weise zu ändern."

In Bayern gebe es viele tausend Wald- und Forstarbeiter, die für die Organisation gewonnen werden müssen. Viel Mißstimmung haben dort die Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaften hervorgerufen, die diese Arbeiterkategorie für sich reklamieren. Der lachende Dritte ist der Christliche Verband, der aus diesen Grenzstreitigkeiten Kapital schlägt. Die Frage muß hier entschieden werden, weshalb er um die Annahme des Antrages ersuche.

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker: „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: Bei größeren Aussperrungen, wo die Generalkommission das finanzielle Eingreifen sämtlicher organisierter Arbeiter für nötig hält, ist anstatt der Sammellisten eine wöchentliche Kopfsteuer für sämtliche organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auszuschreiben."

Sillier-Berlin (Lithograph) führt begründend aus, bei dem immer rücksichtsloser auftretenden Unternehmertum müsse in dieser Hinsicht umgehend etwas geschehen. Maßnahmen des Unternehmertums, wie die Aussperrung der Lithographen usw., könnten nur durch energische Gegenmaßregeln abgewehrt werden. Wisse das Unternehmertum, daß die Generalkommission hinter der betreffenden Branche stehe, dann werde es nicht so frivol zu Werke gehen. Die Oesterreicher haben auf ihrem letzten Gewerkschaftskongreß die Einführung einer Kopfsteuer beschlossen. An Stelle dieser Kopfsteuer könnte auch ein Streikfonds ins Leben gerufen werden. Die Lithographen haben bei der großen Aussperrung, von der 33⅓ Proz. der Kollegen betroffen wurden, ihre vollste Schuldigkeit getan; sie haben rund 900 000 Mk. aufgebracht. Im Interesse aller Arbeiter ersuche er um die Annahme des Antrages. (Beifall.)

Die Anträge zur Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern werden von Spiegel-Düsseldorf begründet:

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Dortmund): „In Anbetracht der großen Zuwanderung polnisch sprechender Arbeiter im Ruhrgebiet, vorwiegend in Dortmund, Hörde und Umgegend, muß den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht werden, sich mehr dieser Kategorie zu widmen. Eine Aktion hier zu unternehmen, ist es ausgeschlossen, bevor nicht das Gros von Arbeitern den einzelnen Gewerkschaften zugeführt ist. Da aber die Agitation unter diesen Arbeitern eine sehr schwere ist, wir ihnen auch mit der deutschen Sprache nicht die nötige Aufklärung einprägen können, auch in Zukunft durch den Sprachenparagraphen des neuen Vereinsgesetzes nicht mehr imstande sind, Versammlungen mit polnischen Referaten abzuhalten, möge der Kongreß beschließen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt werde, sobald wie möglich eine Zeitung in polnischer Sprache herauszugeben. Die Kosten hierfür aber werden den Gewerkschaften auferlegt."

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Essen): „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: Die Generalversammlung wird beauftragt, eine Zeitung in polnischer Sprache für die Hütten- und Feuerarbeiter herauszugeben."

Redner schildert die „loyale" Handhabung des Vereinsgesetzes in seinem Agitationsgebiet. Was bei der Beratung des Vereinsgesetzentwurfs von den Arbeitervertretern ausgeführt wurde, ist eingetreten: Der Gebrauch einer Fremdsprache in gewerkschaftlichen Versammlungen ist vom Regierungspräsidenten in Arnsberg einfach nicht gestattet worden. (Bewegung.) Wir können daher mündlich die fremdsprachigen Arbeiter nicht aufklären, weshalb wir zur schriftlichen Aufklärung greifen müssen.

Ferner liegen noch diese Anträge vor:

Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt: „Der Gewerkschaftskongreß wolle Mittel bereitstellen zu einer intensiven Agitation unter den Land- und Forstarbeitern."

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Dortmund): „Im Interesse der genossenschaftlichen Entwickelung möge der Gewerkschaftskongreß die einzelnen Gewerkschaften nochmals auf die in der Resolution 52c des Kölner Gewerkschaftskongresses festgelegten Pflichten hinweisen, auch in ihren Versammlungen für weiteste Verbreitung des Konsum- und Genossenschaftswesens Sorge zu tragen."

Verband der Tabakarbeiter (Zahlstelle Oggersheim): „Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, daß sämtliche Zahlstellen der Gewerkschaften, welche der Generalkommission angeschlossen sind, auch den am Ort befindlichen freien Gewerkschaftskartellen beitreten müssen."

Gewerkschaftskartell Rothenburg o. T.: „Der 6. Gewerkschaftskongreß möge Mittel zur Verfügung stellen, daß auch Gewerkschaftler aus kleineren Orten, die speziell in Gewerkschaftskartellen tätig sind, die Gewerkschaftsschule besuchen können."

Gewerkschaftskartell Rothenburg o. T.: „Das Adressenverzeichnis im „Correspondenzblatt" ist so zu ergänzen, daß auch die Adressen sämtlicher Gau- und Bezirksleiter veröffentlicht werden."

Ein Antrag Lange (Schmied), die Redaktionskommission aus 13 Mitgliedern bestehen zu lassen, wird abgelehnt. Es sollen derselben vielmehr nur 11 Mitglieder angehören.

Mohs-Berlin (Gemeindearbeiter): Die Organisierung der Waldarbeiter ist eine ziemlich schwierige Sache. Dem Gemeindearbeiterverband ist das Ei noch nicht endgültig zum Ausbrüten überwiesen worden. Was getan wurde, ist nur bei dem jetzigen Beitrag möglich.

Bruns-Berlin (Fabrikarbeiter): Die anderweitige Regelung der Streikunterstützung in der Form, wie sie die Lithographen vorschlagen, trifft meines Erachtens nicht das Richtige. Sie wird ins Gegenteil umschlagen, ganz abgesehen davon, daß ein Teil der Organisationen sich weigern wird, sich in dieser Weise finanziell zu engagieren.

Leipart-Stuttgart (Holzarbeiter): Was die Tätigkeit der Generalkommission in den letzten drei Jahren anlangt, so hat sie gut gearbeitet, und wir müssen ihr unsere Anerkennung aus-

sprechen. (Bravo!) Das gilt besonders für die schwere Zeit nach Köln. Wir wollen nicht alte, zum Teil glücklich verharschte Wunden wieder aufreißen, aber wir wollen doch sagen, daß damals die Generalkommission in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Gewerkschaften die Interessen der Allgemeinheit gut gewahrt hat. Besonders müssen wir uns mit ihr einverstanden erklären hinsichtlich ihrer Haltung bei der Veröffentlichung des bekannten Protokolls. Es ist notwendig, auszusprechen, daß wir es tief bedauern, daß sich der Parteivorstand verleiten ließ, dies vertrauliche Protokoll gegen den Willen der Gewerkschaften zu veröffentlichen. (Bravo!) Hoffen wir, daß dergleichen sich nicht wiederholt! — Die Lithographen haben ein altes Projekt wieder aufgewärmt, den Zentralstreikfonds. Wir müssen den Antrag rundweg ablehnen, wie schon früher ähnliche. Wir stehen nach wie vor auf dem Kölner Beschluß. Mehr kann in dieser Beziehung nicht getan werden. Selbst in Ausnahmefällen ist es unmöglich, alle Mitglieder der nicht beteiligten Gewerkschaften zu einer Kopfsteuer heranzuziehen. Richtig ist es, an Stelle der Sammellisten feste Beiträge zu setzen; das haben wir bereits anerkannt.

Massatsch-Stuttgart (Metallarbeiter): Gleich Leipart muß ich den Antrag der Lithographen als für uns unannehmbar bezeichnen. Er trägt die Undurchführbarkeit in sich, denn er würde nicht bloß bei Aussperrungen Anwendung finden, auch vor Inszenierung eines Streiks würden jedesmal die Mitglieder auf den Fonds verwiesen.

Es folgte die Abstimmung.

Der Antrag betreffend die Privatangestellten wird einstimmig angenommen. (Bravo!) Die Anträge betr. Forst- und Landarbeiter, betr. Gewerkschaftskartelle, als erledigt angesehen, der Antrag betr. Unterrichtskurse als nicht zur Kompetenz des Kongresses gehörig bezeichnet, die Anträge betr. polnische Zeitung auf Antrag Husemann (Bergarbeiter) der Generalkommission und der Vorständekonferenz überwiesen, der Antrag der Lithographen zurückgezogen.

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattet Sachse (Bergarbeiter) Bericht. Es sind anwesend 324 Delegierte, die 1 888 172 Mitglieder vertreten, 4 Vertreter des Auslandes und die gesamte Generalkommission. Auf Vorschlag des Berichterstatters, der nur einen Protest gegen die Wahl Hegemann-Hamburg (Fabrikarbeiter), ausgehend von Altona, erwähnt und als nicht geeignet bezeichnet, die mit großer Mehrheit erfolgte Wahl zu kassieren, werden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

In die Redaktionskommission wurden gewählt: Scheffler (Metallindustrie), Raith (Holzindustrie), Röske (Baugewerbe), Simon (Bekleidungsindustrie), Etzel (Nahrungsmittelindustrie), Himpel (Transportgewerbe), Husemann (Bergarbeiter), Sillier (graphische Gewerbe), Brey (Fabrikarbeiter), Reimes (Textilarbeiter), Frau Ihrer (sonstige Berufe).

Ueber die

Agitation unter den Dienstboten

referierte sodann Frl. H. Grünberg-Nürnberg.

Rednerin ersucht um Annahme folgender Resolution:

„In Anbetracht der hohen Zahl Erwerbstätiger, die als Dienende der Gesindeordnung unterstellt sind und sich ihren Lebensunterhalt bei unbegrenzter Arbeitszeit, schlechter Entlohnung und unter den mißlichsten Verhältnissen erwerben müssen, erachtet es der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands als seine Pflicht, die Generalkommission zu beauftragen, der jungen Dienstbotenbewegung auch fernerhin ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Generalkommission wird beauftragt, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über einheitliche Agitation zur Hebung der sozialen Lage dieser Arbeiterkategorie zu beraten.

Die Generalkommission wird ferner beauftragt, die einzelnen Kartelle auf die Notwendigkeit der Organisierung der Dienstboten aufmerksam zu machen und dort, wo noch keine Dienstbotenvereine bestehen, die Kartelle zu veranlassen, wenn irgend möglich, zur Gründung von Dienstbotenvereinen zu schreiten. Durch eine starke Organisation der Dienenden können diese selbst an der Verbesserung ihrer sozialen Lage mitarbeiten und werden dadurch auch der gesamten Arbeiterbewegung mehr Verständnis entgegenbringen.

Der Kongreß erachtet es als eine dringende Notwendigkeit, daß die Gesindeordnungen und Dienstbücher beseitigt werden und volle Koalitionsfreiheit für die Dienstboten und ländlichen Arbeiter eingeführt wird, als wie auch, daß die Dienenden der Gewerbeordnung unterstellt werden und die Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie erfolgt."

2. Verhandlungstag.

Bömelburg: Zur „Agitation unter den Dienstboten" wünscht Genossin Zietz, als Vertreterin des Hamburger Dienstbotenvereins, das Wort, obwohl sie nicht Delegierte ist. Wir haben solchen Wünschen früher stattgegeben und können das auch wohl diesmal tun. (Zustimmung und Widerspruch.)

Mit geringer Mehrheit wird beschlossen, Frau Zietz reden zu lassen.

Frau Zietz glaubt, daß der Beweis gegeben sei, daß, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind, eine haltbare und entwickelungsfähige Organisation geschaffen werden kann.

Die Referentin verzichtet aufs Schlußwort.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 2f:

Heimarbeiterschutz.

Hierzu liegen vor folgende Resolutionen:

F. 1.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Berlin): Der 6. Gewerkschaftskongreß beschließt unter Wiederholung des von dem 5. Gewerkschaftskongreß angenommenen Antrages: „Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen." Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, an sämtliche Kartelle, Gewerkschaftskommissionen usw. durch Rundschreiben auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen, dafür einzutreten, daß dieser Beschluß auch voll und ganz zur Geltung gelange.

F. 2.

Die Heimarbeit ist diejenige Produktionsform, die infolge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht.

Die Heimarbeit isoliert die Arbeiter und die Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich aus eigener Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren.

Da es nun aber nicht allein im Interesse der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Gemeinwohls liegt, daß dieser durch die Heimarbeit begünstigten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Einhalt geboten wird, erachtet der sechste deutsche Gewerkschaftskongreß einen ausreichenden gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter für eine dringende Notwendigkeit.

Als das Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter zu geschehen hat, hält der Kongreß die Durchführung der vom ersten Heimarbeiterschutzkongreß zu Berlin im Jahre 1904 aufgestellten Forderungen für erforderlich.

Daß die Verwirklichung dieser Forderungen eine zwingende Notwendigkeit ist, hat die im Jahre 1906 in Berlin stattgefundene Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit zur Evidenz bewiesen.

Nach dieser Ausstellung, die das Elend in der Heimindustrie in seiner ganzen Größe und erschreckenden Tiefe gezeigt und das öffentliche Gewissen aufgepeitscht hat, hätte man erwarten dürfen, daß die Reichsregierung den Wünschen und Forderungen der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen ein größeres Maß von Entgegenkommen gezeigt hätte, als in dem Entwurf zum Titel VIIa der Gewerbeordnung geschehen ist.

Dieser Entwurf erfüllt weder die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter, noch die Versprechungen, die selbst Regierungsvertreter in bezug auf gesetzlichen Schutz gemacht haben. Er ist nicht nur eine Halbheit — er verdient auch nicht einmal den Namen eines Heimarbeiterschutzes. Die ganze Tendenz dieses Entwurfes scheint vielmehr darauf gerichtet zu sein, die Schaffung eines wirklichen reichsgesetzlichen Schutzes in unabsehbare Ferne zu rücken, weil die Initiative zum Erlaß von Schutzbestimmungen in die Hände der Polizeibehörden gelegt werden soll. Diese aber müssen nicht, sondern sie können nur Schutzbestimmungen für Heimarbeiter erlassen; es wird also von ihrem guten Willen und sozialer Einsicht abhängen, ob solche erlassen werden oder nicht.

Da die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß keine Ursache hat, der sozialen Einsicht der Polizeibehörden zu vertrauen, steht der Kongreß nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein wirksamer Heimarbeiterschutz nur durch Reichsgesetz mit zwingender Kraft geschaffen werden kann.

Diesen reichsgesetzlichen Heimarbeiterschutz hält der Kongreß nur dann für gegeben, wenn der Reichstag und Bundesrat den von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf annimmt, der aufgebaut ist auf den Wünschen und Forderungen, die der Heimarbeiterschutzkongreß an die Gesetzgebung erhoben hat und der unter Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft zustandegekommen ist.

Der Kongreß spricht deshalb die Erwartung aus, daß bei der kommenden Beratung der Gewerbeordnung der gesetzliche Heimarbeiterschutz von Reichstag und Bundesrat im Sinne des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion, der den Willen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, gestaltet wird.

G. Sabath.

Beide werden genügend unterstützt.

Börner-Berlin (Tabakarbeiter): Unsere Resolution ist eingebracht, weil vielfach selbst in leitender und hervorragender Stellung befindliche Genossen ihre Frauen und Kinder nicht anhalten, den Gewerkschaften beizutreten, in der Familie also nicht ihrem öffentlichen Auftreten entsprechend handeln.

Sabath: Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß die Novelle zu Titel VIIa der Gewerbeordnung unseren Wünschen nicht im mindesten entspricht und weit von dem entfernt ist, was seit Jahrzehnten die organisierte Arbeiterschaft an Heimarbeiterschutz fordert. Nachdem 1904 der Heimarbeiterschutzkongreß das ganze Elend der Heimindustrie aufgedeckt und die Ausstellung 1906 einen Einblick in die Tiefen dieses Elends gewährt, der auch die Spitzen der Gesellschaft packte und den Regierungsvertretern Versprechungen entlockte, hätte man wirklich etwas mehr erwarten sollen. Die bescheidensten Wünsche sind nicht erfüllt. Das Monstrum des Gesetzentwurfs ist der reine Hohn darauf. Wir halten nach wie vor an den Forderungen des Heimarbeiterkongresses fest. Wer sich auf die Regierung verläßt, ist ewig verlassen.

Haack-Dresden (Metallarbeiter): Ich möchte abraten von der Resolution der Berliner Tabakarbeiter. Ich fürchte, sie würde ein großer Zankapfel für die Gewerkschaften werden. Der Gedanke an sich ist ein guter, aber es wäre verfehlt, einen Zwang ausüben zu wollen, dem nachzukommen, mancher beim besten Willen gar nicht in der Lage ist.

Weinschildt-Offenbach (Portefeuiller): Trotz der Ausführungen des Vorredners bitte ich, beide Resolutionen einmütig anzunehmen. Es ist dringend notwendig, daß wir den eigenen Genossen energisch die Verpflichtung auferlegen, ihre Familienangehörigen der Organisation zuzuführen. Wer so an dieser Frage interessiert ist, wie wir, der muß verlangen, daß etwas beschlossen wird. Wir haben bei der Hausagitation gefunden, daß selbst Genossen, die öffentliche Ehrenämter bekleiden, nicht einmal die Tarife beachten, daß sie dulden, daß ihre Kinder 11 statt 9 Stunden arbeiten. Sie müssen gezwungen werden, durchzuführen, was die Organisationen fordern und errungen haben.

Kloth-Berlin (Buchbinder): Trotz Haacks Protest treten wir für den Antrag der Tabakarbeiter ein. Auch wir haben bei der bei uns häufigen Heimarbeit bedauerliche Erfahrungen bezüglich der Frauen und Kinder guter Genossen gemacht.

Deichmann-Bremen (Tabakarbeiter): Seit Jahrzehnten verlangen die Tabakarbeiter von der Regierung völlige Untersagung der Heimarbeit. Sie entspricht dem nicht, aus Rücksicht auf die Unternehmer. Jetzt liegt ein Entwurf vor, von dem wir uns gar nichts versprechen. Es ist notwendig, daß alle Organisationen, auch im eigenen Interesse, Hand mit anlegen, um den Zurückgebliebenen vorwärts zu helfen.

Hübsch-Berlin (Textilarbeiter): Wollen wir die Heimarbeiter schützen, so ist das in erster Linie Aufgabe der Organisation. Die Regierung kann gar nicht so eingreifen, daß ein wirksamer Schutz herauskommt. Die Resolution der Tabakarbeiter ist die zweckmäßigste. Es ist Tatsache, daß Frauen und Töchter der Arbeiter anderer Branchen, nicht nur der Metallarbeiter, sondern vor allem auch der Maurer und Zimmerer, die besonders häufig in der Textilindustrie tätig sind, für die Organisation nicht zu haben sind. Sie werden von den Männern nicht darauf aufmerksam gemacht, denen man deshalb die Pflicht dazu wohl auferlegen kann. (Haack: Sehr richtig!) Wir können den Antrag unbedenklich annehmen.

Fritsch-Liegnitz (Textilarbeiter): Ich verstehe nicht, wie Haack mit solchen Anschauungen vor den Gewerkschaftskongreß treten konnte. Gerade die Frauen besserbezahlter Arbeiter halten sich der Organisation fern. Deshalb sollten die agitatorisch tätigen Genossen der anderen Berufe stets darauf Bedacht nehmen, ihre Kollegen auf die Notwendigkeit der Organisierung der Frauen aufmerksam zu machen. Nur mit der Mithülfe der übrigen Organisationen wird es möglich sein, die Textilarbeiter hochzubringen.

Götke-Wilhelmshaven (Schneider): Der Einwand Haacks fällt in sich zusammen. Ist die Erwerbstätigkeit vorhanden, so ist auch die Organisationsnotwendigkeit gegeben und damit die Pflicht der Genossen, die Familienangehörigen von dieser zu überzeugen. Die Stellung der Reichsregierung ist erklärlich. Beschäftigt doch das Reichsmarineamt Hunderte von Frauen in der Heimindustrie, deren Männer vielfach auch orgnisiert sind, aber nichts tun, die Frauen ebenfalls der Organisation zuzuführen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Haack (Metallarbeiter), er habe sich nicht gegen den Grundgedanken, sondern gegen die Fassung der Resolution gewandt.

Bei der Abstimmung wird die Berliner Resolution der Tabakarbeiter gegen eine Stimme, die Resolution Sabath einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 2g:

Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.

Hierzu liegen vor die Anträge:

G. 1.

Resolution.

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905) zu dem Punkt 2f: Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber, und unter Berücksichtigung der Resultate, welche die Zentralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges durch ihre Arbeiten, insbesondere durch ihre statistische Erhebung über das Logiswesen im Handwerk erzielt hat, wonach über vier Fünftel sämtlicher in Frage kommenden Wohn- und Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter auch den allerbescheidensten Anforderungen nicht genügen, erklärt der Kongreß, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nicht nur dringend geboten erscheint, sondern daß dieselbe unverzüglich in die Wege geleitet werden muß.

Der Kongreß fordert die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Bis eine gesetzliche Regelung der Materie erfolgt ist, fordert der Kongreß, daß die Regierungen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Insbesondere sind die Gemeindeverwaltungen anzuweisen, durch eine gesunde Wohnungsreform und die Einführung einer geregelten Kontrolle dieser Schlafräume, den Gefahren vorzubeugen, denen die betreffenden Arbeiter und zum großen Teile auch das konsumierende Publikum ausgesetzt sind. Die sofortige Ausdehnung der jetzt schon bestehenden behördlichen Vorschriften für das Wohnungswesen auf die Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter, erklärt der Kongreß für eine dringende Notwendigkeit. P. Blum.

G. 2.

Verband der Friseurgehülfen (Zahlstelle Frankfurt a. M.): „Der Gewerkschaftskongreß beauftragt die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in Verbindung mit allen in Betracht kommenden Berufsverbänden, bei der gesetzgebenden Körperschaft dahin zu wirken, daß der § 115 Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung vollständig gestrichen oder dahin abgeändert wird, daß der Arbeitgeber den Gehülfen Kost und Logis nicht gewähren darf."

Beide werden genügend unterstützt.

Nachdem Blum-Berlin (Referent; Sattler), Hensel-Berlin (Fleischer), Diesing-Berlin (Hoteldiener), Kahl-Hamburg (Bäcker) gesprochen haben, erfolgt die einstimmige Annahme der Resolution, womit der weitere Antrag erledigt ist.

Zur Beratung gelangt nun die Frage der

Maifeier.

Hierzu liegen folgende genügend unterstützte Anträge vor:

A. 7. Gewerkschaftskartell und Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände Frankfurt a. M.: „Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei erneut in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigende Regelung der Unterstützungsfrage der bei der Maifeier Gemaßregelten zu erzielen, wie dies in den bekannten Vereinbarungen geschehen ist."

A. 8. Vereinigte Gewerkschaften Nürnbergs (Resolution): „Die am 29. Mai im Gewerkschaftshause versammelten Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Maifeier in der von der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Parteivorstand vereinbarten Form unmöglich durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diesen Beschluß auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften verkennen nicht die Schwierigkeit, welche die Maifeier bisher schon den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern deshalb zum mindesten eine klare Stellung vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg und eine einheitliche Kundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Maßgabe, daß, im Falle Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begutachtet werden sollte, das Risiko die Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptkassen zu decken sind.

Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Maifeier erwachsenden Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden."

A. 10. Gewerkschaftskartell Fürth: Der 6. Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: „In Zukunft ist von der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen."

Außerdem stehen die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission hinsichtlich der Grundsätze für die Maidemonstration zur Verhandlung:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitz wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung von Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und haben darauf die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften an dem Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen."

Den Antrag A. 7 begründet Dißmann-Frankfurt a. M. (Metallarbeiter).

Zu den anderen Anträgen liegen Wortmeldungen nicht vor.

Die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission empfiehlt Legien zur Annahme.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich bin autorisiert worden, daß wir den Vereinbarungen zustimmen. Dißmann stimmt auch zu (Heiterkeit), weil er als Metallarbeiter dazu verpflichtet ist. Dißmann hat wohl nur den Frankfurter Antrag begründet. Die Motive dieses Antrages lehnen wir ab, ebenso den Antrag Nürnberg. Die Erfahrungen, die wir hinsichtlich der Frage der Maifeier gemacht haben, sprechen nicht für die Uebernahme der Kosten auf die Verbände.

Es ist noch ein Antrag Scheffel-Berlin (Maschinist) eingegangen, der die Verteilung der Unterstützungskosten je zur Hälfte auf die Hauptkasse der Partei und die Zentralverbände und auf die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen überweisen will. Der Antrag findet aber nicht die nötige Unterstützung.

Neumann-Hamburg (Holzarbeiter): Gegen die Vereinbarung hat sich eine große Opposition erhoben, die sich gegen die Regelung des Unterstützungsmodus wendet. Bisher hat man die Regelung der Unterstützung als eine Frage zweiten Ranges behandelt. Viele Genossen glaubten, daß durch flott geschriebene und begeisternde Artikel genügend getan werde, während sie sich um die Unterstützungsangelegenheit herumdrückten. Jetzt heißt es aber, sich der Konsequenzen bewußt zu werden, die Mittel aufzubringen. was vielen Leuten unbequem ist. Es ist auch behauptet worden, die Vereinbarungen ständen im Widerspruch zu den Erklärungen der deutschen Delegation in Stuttgart. Diese Meinung kann ich keineswegs teilen.

Knoll-Berlin (Steinsetzer): Wie in dieser Angelegenheit die Ansichten in den Gewerkschaften auseinandergehen, so divergieren sie auch in der Generalkommission. Die Frage der Unterstützung sollte eigentlich ganz ausscheiden, das ideelle Moment der Maifeier sollte mehr in

den Vordergrund treten. In unserem Berufe ist die Arbeitsruhe am 1. Mai weit vorgeschritten, unsere Leute haben nicht gesagt: Kriegen wir auch Unterstützung? Wer die Unterstützungsfrage in den Vordergrund schiebt, betrachtet die Sache nicht vom ideellen, sondern vom materiellen Standpunkt, den wir nicht zu teilen vermögen.

Herrmann-Nürnberg (Schuhmacher): Die Schuhmacher haben sich bisher in hervorragender Weise an der Arbeitsruhe beteiligt. Wir freuen uns, daß beide Instanzen bemüht waren, eine gemeinsame Regelung herbeizuführen, und stimmen einer solchen im Prinzip zu. Mit den Abmachungen selbst können wir uns nicht einverstanden erklären; sie bedeuten die Erschwerung der Durchführung der Arbeitsruhe beziehungsweise machen diese fast unmöglich. Die örtliche Regelung der Unterstützungsfrage steht im Widerspruch mit dem Prinzip der Zentralisation. Die Verantwortung für die Durchführung der Arbeitsruhe muß den Zentralverbänden überlassen bleiben. Es dürfte doch möglich sein, daß die Partei zur Unterstützung der Gemaßregelten beiträgt, indem sie den Zentralverbänden die Mittel zuführt. Wir werden für den Antrag des Gewerkschaftskartells Frankfurt stimmen.

Leber-Jena (Metallarbeiter): Die heutige Aussprache in dieser Angelegenheit sticht wesentlich ab von der in Köln; mit Ausnahme von Cohen haben alle Redner sich bemüht, sachliche Momente hervorzuheben. Genosse Cohen ist nicht dazu ermächtigt, im Namen der Metallarbeiter zu reden. Beide Glieder der Arbeiterbewegung werden schon einen gangbaren Weg finden, der uns zum Ziele führen wird. Halten wir also fest an der Maifeier und suchen wir die Arbeitsruhe immer mehr zur Durchführung zu bringen. (Beifall.)

Paeplow-Hamburg (Maurer): Nach ihrem Wortlaut ist die Frankfurter Resolution harmlos, insofern sie nur vom Parteivorstand und Generalkommission eine bessere Lösung fordert, und sie wäre annehmbar, wenn ihre Motive uns das nicht verböten. Deswegen warne ich dringend davor. Ich bin ein Anhänger einer guten Zentralisation und einer wuchtig durchgeführten Maidemonstration, aber die Organisation der Maifeier und die Unterstützung der Gemaßregelten ist nicht Sache der Zentralverbände. Jede Organisation hat ihr fest umschriebenes Programm. Aber die wenigsten dürften darin wohl „Förderung der Maifeier" haben. Auf Kosten der Zentralverbände feiern, geht nicht an. Darin sind wir wohl einig, daß, wenn irgendeine Instanz dahingehende Beschlüsse fassen würde, es wohl mit der Durchführung sehr haperte. (Sehr richtig!) Daher warne ich vor allen derartigen Anträgen.

Es laufen folgende Resolutionen ein:

„Der Gewerkschaftskongreß erkennt die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen betreffs der Maifeier als den gegebenen Verhältnissen entsprechend an, vermag aber eine endgültige Regelung der Maifeierfrage darin nicht zu erblicken.

Der Gewerkschaftskongreß ist vielmehr der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und zu prüfen haben, ob eine wirksame Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten und Gemaßregelten, unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist oder nicht.

Je nach dem Ausfall dieser Beratungen sind den zuständigen Instanzen geeignete Vorschläge zu machen, welche dann endgültig über die Maifeier zu beschließen haben. Kloth und Genossen."

„Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß stimmt den Vereinbarungen von Parteivorstand und Generalkommission mit dem Ersuchen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere örtliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen." Körsten und Genossen.

Nach weiterer Diskussion, in der Hübsch-Berlin (Textilarbeiter) sagt: Wir waren durch die Stuttgarter Einigung befriedigt, weil sie verschiedene Streitpunkte beseitigte. Jetzt muß auch die Partei die nötige Vorsicht üben, was früher uns allein zufiel. Wir erkennen auch an, daß man sich Mühe gegeben hat, einen gangbaren Weg zu finden. Wir stimmen für die Resolution Kloth, die u. E. das Richtige trifft, wird die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission mit allen gegen 22 Stimmen angenommen.

Es wird abgestimmt über die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Kongreß mit dem Parteivorstande wegen einer anderen Regelung der Unterstützung in Verhandlung treten soll.

Dafür stimmen 178, dagegen 101 Delegierte.

Bömelburg: Nachdem beschlossen worden ist, mit dem Parteivorstande zu verhandeln, können wir alle anderen Anträge und Anregungen der Generalkommission zur Berücksichtigung mit auf den Weg geben. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, demnach ist mein Vorschlag akzeptiert.

Ueber den Antrag A. 10 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Während der Abstimmung ist ein Antrag Rößler-Altenburg (Fabrikarbeiter) eingegangen, es solle mit dem Parteivorstand verhandelt werden wegen Beseitigung der Arbeitsruhe.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Antrag geschäftsordnungsgemäß nicht zur Abstimmung gelangen könne.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 3 der Tagesordnung:

Zentralarbeitersekretariat.

Den ersten Abschnitt: a) Bericht über die Tätigkeit, behandelt Robert Schmidt-Berlin: Das Zentralarbeitersekretariat hat in der letzten Berichtsperiode einen fortgesetzten Aufschwung genommen, der Gewähr bietet für das Vertrauen, dessen es sich erfreut. Ebenso haben sich die Arbeitersekretariate rapid entwickelt und eminent ausgedehnt, immer größere Aufgaben haben sie zu erledigen, ein Beweis für deren Notwendigkeit. Wir müssen nun der Ausbildung der Arbeitersekretäre Rechnung tragen durch Unterrichtskurse, damit sie befähigt werden, einzudringen in die schwierigen Rechtsgebiete, um allen Anforderungen und Aufgaben gerecht werden zu können. Dieser Vorschlag ist auf einer am Sonntag stattgehabten Sekretärkonferenz freudig begrüßt worden. An der Frage der Befreiung vom Dienst dürfen die Kurse nicht scheitern. Der Redner schließt: Die Sozialgesetzgebung hat ihre Pflicht zu erfüllen, hat andere Bahnen zu wandeln als bislang. Deshalb müssen wir laut unsere Stimmen nach Reformen erheben. Diese Reformen müssen im Zeichen des Fortschritts stehen, dürfen nicht in reaktionärem Sinne gehalten sein.

3. Verhandlungstag.

Zunächst wird behandelt Punkt 3b:

Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten.

Hierzu liegt vor die Resolution des Referenten:

„Nach den Bestimmungen des § 10 Absatz 2 der Verordnung, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes — der auch für das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten gilt — und des § 157 der Zivilprozeßordnung sind die Gerichte befugt, Bevollmächtigte, die das Verhandeln vor den Gerichten geschäftsmäßig betreiben, zurückzuweisen. Diese Bestimmung wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den in Betracht kommenden Gerichten dazu benutzt, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre als Vertreter Rechtsuchender in der mündlichen Verhandlung nicht oder nur ausnahmsweise zuzulassen.

In der Erwagung:

daß dem auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Jahr zu Jahr schärfer hervortretenden Bestreben der Berufsgenossenschaften, die Renten der durch Unfall Verletzten immer mehr herabzudrücken bezw. sie ihnen zu entziehen, schon in der ersten Spruchinstanz — dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung — wirksam entgegengetreten werden muß;

daß nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die einzige Spruchinstanz zur Würdigung der Unterlagen für die Gewährung der Invaliden- bezw. Altersrenten bilden;

daß bei den Streitsachen aus der Krankenversicherung eine Vertretung der Versicherten vor den Amts- bezw. Verwaltungsgerichten in Rücksicht auf die Kompliziertheit des in Betracht kommenden materiellen und formalen Rechtes geradezu geboten erscheint;

daß von den Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte viele das dem Arbeiterrecht zugrunde liegende soziale Empfinden völlig vermissen lassen und weil die Arbeiterklasse um die Anerkennung und Durchsetzung eines vom sozialen Geiste getragenen Arbeiterrechtes noch täglich kämpfen muß;

daß wir in Deutschland noch einer einheitlichen Regelung des Gesinderechts ermangeln, und die auf diesem Gebiete herrschende Rückständigkeit, sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften — Preußens älteste Gesindeordnung stammt aus dem Jahre 1732 — wie auch hinsichtlich der Auffassung der Sachlage, ebenfalls eine sachkundige Vertretung vor den in Betracht kommenden Gerichten notwendig macht;

daß die in Frage kommenden Rechtsuchenden fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genügend besitzen, um auf allen diesen Gebieten ihre Interessen hinreichend wahren zu können, während die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstherrschaften und so weiter in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahrnehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbegerichtsgesetz, wonach Rechtsanwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäftsführer durch Vorbildung und öfteres Verhandeln vor den Gewerbe- bezw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnis des formalen Rechtes ohnedies im Vorteil sind,

fordert der Kongreß von den gesetzgebenden Körperschaften die Vorlegung und Verabschiedung eines Gesetzentwurfs, nach dessen Bestimmungen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, unbeschadet der eingangs aufgeführten Bestimmungen, zur Vertretung Rechtsuchender bei den Gerichten zugelassen werden müssen.

Referent ist Lesche-Hamburg.

Nach verschiedenen anderen Rednern schildert

Fritsch-Liegnitz (Textilarbeiter) einen Fall, in dem ein Vertrauensarzt einen verunglückten Bauarbeiter auf Grund einer Untersuchung für einen Schwindler erklärte und Abweisung des Anspruchs bewirkte. Der Mann sei bald darauf im Widerspruch zu dem Gutachten als unheilbar geisteskrank in die Anstalt gebracht und dort gestorben. Redner regt weiter an, daß die Schiedsgerichtsbeisitzer über ihre Tätigkeit gelegentlich Bericht erstatten.

Die Resolution Lesche wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird der Generalkommission und den ihr angeschlossenen Instituten einstimmig Entlastung erteilt.

Bömelburg: Es ist ein Antrag Allmann (Bäcker) und Genossen, die Zahl der Mitglieder der Generalkommission um 2, also auf 13, zu erhöhen, eingelaufen. Abergläubisch sind wir ja nicht! (Heiterkeit.)

Allmann-Hamburg (Bäcker): Mit dem Wachsen der Gewerkschaften mehren sich die Geschäfte der Generalkommission. Einige Mitglieder sind ständig unterwegs, so daß stets nur wenige an den Sitzungen teilnehmen. Außerdem sind große Industriegruppen nicht vertreten.

Der Antrag Allmann wird angenommen.

Es folgt Punkt 4:

Grenzstreitigkeiten.

Hierzu liegen eine Reihe Anträge vor.

Die Diskussion wird auf Donnerstag vertagt.

Am Nachmittag unternahm der Kongreß eine Dampferpartie.

(Schluß folgt.)

Krise und Arbeiter.

Die gegenwärtige Krise bietet manche Anregung zu Betrachtungen, die man in wirtschaftlich normalen Zeiten anzustellen keine Veranlassung hat, sie zeitigt aber auch Erscheinungen, wie man sie in solchen Zeiten nicht kennt. Es wird deshalb dem Leser begreiflich erscheinen, wenn wir die Krise immer wieder von neuem publizistisch verwerten. Wir haben schon des öfteren nachzuweisen Gelegenheit genommen, daß der Arbeiter unter der Krise am meisten zu leiden hat. Damit ist zugegeben, daß auch der Unternehmer, der industrielle und der kommerzielle, unter ihr leidet. Mancher Unternehmer, welcher sich in Zeiten guten Geschäftsganges in zu waghalsige Spekulationen einließ, mußte dies bei Eintritt der Krise mit seiner Existenz bezahlen. Aber nicht nur Spekulanten, auch solide, aber weniger kapitalkräftige Unternehmen gerieten ins Wanken und stürzten krachend in sich zusammen, andere mit sich in die Tiefe reißend. In unserem heutigen Wirtschaftsleben greifen die Finanzgeschäfte eines Betriebes in den andern ein, wie die Zahnräder einer Maschine ineinander greifen; bricht ein Unternehmen zusammen, so wird auch das Gleichgewicht anderer, mit ihm in Verbindung stehender Unternehmen gestört, und mancher Unternehmer, der den Zusammenbruch überlebt, tut dies nur mit finanziell gebrochenen Gliedern. Die Krise ist eine Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Beim Einsetzen eines günstigen Geschäftsganges wird wie wahnsinnig darauf los geschuftet, Betriebe werden vergrößert, neue schießen wie Pilze aus der Erde. Es entsteht eine Ueberproduktion. Die Läger füllen sich mit Waren, für die kein Absatz vorhanden ist, andererseits werden aber auch die Finanz-Institute sehr in Anspruch genommen, wodurch eine Geldknappheit auf dem Geldmarkte entsteht. Die Banken suchen ihr Geschäft ebenfalls zu machen, Erhöhungen des Zinsfußes folgen, und nun geht es, erst langsam, dann mit Riesenschritten, dem Zusammenbruch entgegen.

Nun kommen aber die verkrachten Unternehmer bei diesen Katastrophen in der Regel doch noch besser weg wie die Arbeiter, welche bei solchen Anlässen stets den leidtragenden Teil bilden. Einigermaßen gewiegte Geschäftsleute suchen, wenn der Zusammenbruch droht, noch zu retten was zu retten ist, und nicht selten kann man die Wahrnehmung machen, daß mancher von diesen Leuten — nachdem wieder Ruhe im Wirtschaftsprozeß eingetreten ist — wieder mit neuen Unternehmungen und noch größerem Kapital wie vordem auf dem Plane erscheint. Allerdings fährt der Staatsanwalt auch oft dazwischen, aber in nur wenigen Fällen gibt es für ihn etwas zu tun; denn die meisten Bankerotteure sind zu gerieben, um sich bei ihrem „Geschäft" erwischen zu lassen.

Doch, wie schon erwähnt, ist der Arbeiter stets im Nachteil. Während der Unternehmer sich vor dem Schiffbruch noch ins trockene flüchtet, steht der Arbeiter da aller Mittel bar und ohne Arbeit, und da bei dem wirtschaftlichen Niedergange eine ganze Masse Arbeitskräfte überflüssig werden und diese auf der Straße liegen bleiben, ist es klar, daß, da die Arbeiter nur von der Hand in den Mund zu leben haben, bald Not und Elend bei ihnen Einkehr hält. Die Landstraßen werden wieder mit Arbeitern übersät, welche zum Wanderstab greifen mußten und schließlich aus Not zu Vagabunden werden, weil nirgends Arbeit aufzutreiben ist. Die Selbstmorde nehmen in erschreckendem Maße zu, Diebstähle und Verbrechen mehren sich auffällig. Die Gefängnisse bergen eine ganze Anzahl Gefangener, welche, im Grunde genommen, ehrliche Menschen waren, aber durch die Not und das Elend zu Verbrechern werden mußten. Ein armer Familienvater, in dessen Familie die größte Not Platz gegriffen hat, bei dessen Heimkehr von einem Ausgange auf Suche nach Arbeit sich alle Blicke fragend auf ihn richten, — er muß zerknirscht sagen: es ist nichts. Ein paar alte Semmeln oder Kartoffeln bilden noch den Rest an Nahrungsmitteln; der Bäcker, Metzger und Krämer will nichts mehr borgen, auch der Hauswirt drohte schon mit Kündigung, weil die Miete schon einige Monate nicht bezahlt wurde. Der junge Mann wird, von dem Unglück, das auf ihn eingestürmt, dazu getrieben, einen Diebstahl auszuführen. Nur Brot für seine Familie, für seine Kinder, will er. Er geht im Dunkel der Nacht hinaus und — bricht ein. Da erwacht durch das Geräusch der Eigentümer und er hascht nach dem Dieb. Dieser Unglückliche sucht das Weite zu gewinnen. Der andere sucht ihn festzuhalten, dieser, um freizukommen, holt zum Schlage aus und schlägt seinen Verfolger nieder. Mit einem Aufschrei sinkt dieser zusammen, der andere aber sucht schleunigst das Weite. Andern Tags wird der Mörder verhaftet und abgeführt. Fazit: eine Zuchthausstrafe von langen, langen Jahren. So ist dieser Mann, der durch und durch ehrlich war, durch die Not gezwungen, um Brot für seine Kinder zu erhalten, zum Einbrecher und Mörder geworden.

Das Gericht hat weiter nichts wie ein paar Jahre Zuchthaus für ihn übrig gehabt. Die Familie aber gerät immer weiter ins Elend. Die Frau, um sich mit ihren Kindern über Wasser halten zu können, muß irgendwo um geringes Entgeld Beschäftigung annehmen und wird schließlich der Prostitution in die Arme getrieben. Die Kinder werden in der Erziehung vernachlässigt und geraten später ebenfalls auf die Bahn des Verbrechens. Der Mann aber, später aus seinem Asyl entlassen, findet, von allen geächtet, eine Familie vor, welche tief im Sumpfe steckt. Bei seinem Weibe trifft er ein paar Nebenbuhler an. Aus Wut über sein eigenes Schicksal und vielleicht, weil den Zuchthäusler niemand beschäftigen will, wird er aus Not, wird er von neuem Verbrecher und kehrt wieder ins Zuchthaus zurück.

Während nun dieser arme Proletarier durch unverschuldete Arbeitslosigkeit zum Verbrecher geworden ist, fällt ein anderer aus denselben Gründen seinen um eine bessere Existenz kämpfenden Kollegen in den Rücken. Er wird zum Streikbrecher. Ein naderer sucht sich auf irgend eine Art und Weise unter Not und Entbehrung durchs Leben zu schleppen, um später bei gehobener Konjunktur, wo er wieder schwer arbeiten muß, der Schwindsucht oder sonst einer Krankheit zu erliegen, da sein Körper durch die Entbehrungen geschwächt, diese Strapazen schwerer Arbeit nicht mehr aushalten kann. Ein anderer wieder, durch sein Schicksal niedergedrückt, sucht seinen Sorgen dadurch ein Ende zu bereiten, daß er seinem Leben gewaltsam ein Ziel setzt oder seine häuslichen Sorgen durch Alkohol zu betäuben sucht und der Trunksucht zum Opfer fällt. Weibliche Arbeitslose werden häufig der Prostitution in die Arme getrieben und wie viel anderes Ungemach haben die Opfer der Krise. Die bürgerliche Gesellschaft nennt sie Faulenzer, Bummler usw. Diese guten Leute haben es selbst ja noch nie nötig gehabt, die Fabriktore abzuklopfen, sie haben auch noch nie mit knurrendem Magen in die „Klappe" steigen müssen, solcher Sorgen sind sie glücklich enthoben. Deshalb haben sie es auch leicht, über Dinge zu schwatzen, für die ihnen jedes Verständnis abgeht. Und niemals wird diese Gesellschaft etwas Durchgreifendes gegen die Arbeitslosigkeit tun. Das Unternehmertum hat ein Interesse daran, daß eine Armee Arbeitsloser vor den Toren der Fabrik lauert. Die Sklaven im Betriebe dürfen nicht übermütig werden und Lohnforderungen stellen oder sonst mehr Menschenrechte verlangen. Um so etwas verhindern zu können, müssen Leute da sein, die zu allem zu gebrauchen sind, und man holt sich im Bedarfsfalle die ausgehungerten Arbeitslosen heran, um die andern niederzudrücken.

Und gerade jetzt, bei diesem wirtschaftlichen Niedergange, geht das Unternehmertum daran, das, was die Arbeiter bei gutem Geschäftsgange gewonnen haben, ihnen wieder abzujagen. Harte Kämpfe müssen geführt werden, um das wenige zu halten, was dem Unternehmertum bei guter Zeit abgerungen wurde.

Doch nicht nur wirtschaftliche, sondern auch moralische Nachteile erwachsen dem Arbeiter aus der Krise. Im Gefühl seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem Unternehmer, der ihn noch beschäftigen kann, bietet der Arbeiter jetzt seine Hand Fabrikfestlichkeiten beizuwohnen, an denen teilzunehmen er in wirtschaftlich günstigeren Zeiten gern verzichten würde. Eine solche Festlichkeit fand z. B. am 2. Mai bei dem bekannten Fabrikantenoberhaupt Lucas Schmidt in Crimmitschau statt, von dem „seine" Arbeiter aus Anlaß der Feier der silbernen Hochzeit seines Bruders mit Speise und Trank regaliert wurden. Für manchen Meister sind solche Veranstaltungen, auch bildlich genommen, ein gefundenes Fressen, denn sie können dabei unvorsichtige Arbeiter aushorchen, und dem „Herrn" dann mit „Neuigkeiten" dienen; mancher Arbeiter läßt sich da auch wohl für den gelben Verein kapern. Solchen Eventualitäten möchten sich die meisten Arbeiter gern entziehen, was sie aber nicht wagen, aus Furcht, sonst ihre Arbeit verlieren zu können. Ganz ohne Arbeitsverlust ist es aber doch nicht abgegangen. Am 22. Mai wurde einem guten Dutzend Arbeitern gekündigt.

In Forst i. L. hat man die wirtschaftliche Krise sogar politisch auszunutzen gesucht. Das geschah aus Anlaß der Landtagswahlen, bei denen die „nationalen" Parteien unbedingt siegen wollten. Da sie nicht mehr an die Zuverlässigkeit des „elendesten aller Wahlsysteme" zu glauben schienen, verbreiteten sie ein Geheimzirkular, in dem unverblümt zur Aechtung der Wähler, die „rot" wählen würden, aufgefordert wurde. Das Zirkular lautete:

„Forst (Lausitz), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Boykotterklärungen, Maßregelung bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handwerker sind an der Tagesordnung.

Druck erzeugt Gegendruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben;
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben;
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben;
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.

Treue um Treue!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 3. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlausschuß

der vereinigten bürgerlichen Parteien."

Man sieht, die „Bürgerlichen" geben das Signal zum Boykott. Sie werden sich nicht zu wundern brauchen, wenn er mit einem Gegenboykott beantwortet wird. Auch die Sozialdemokratie hält es mit dem Wahlspruch: „Treue um Treue", was aber die Befolgung des Wahlspruchs „Auge um Auge, Zahn um Zahn" bedingt.

Die Akkordarbeit in den Färbereien.

Ueber diese, die Färbereiarbeiter sehr interessierende Frage bringt die in Berlin erscheinende „Färberzeitung" in ihrer Nr. 12 vom 15. Juni 1908 einen sehr beachtenswerten Artikel, der einen Herrn Eugen Hastaden, offenbar ein Betriebsleiter, zum Verfasser hat. In jenem Artikel, den wir unseren Mitgliedern in den Reihen der Färbereiarbeiter nicht vorenthalten können und den wir deshalb nachstehend zum Abdruck bringen, wird nicht nur

zugegeben, daß das Akkordlohnsystem den Zweck hat, die Arbeiter in der intensivsten Weise auszubeuten, sondern es wird darin auch der Nachweis geliefert, daß unter gewissen Umständen, die in der Färberei besonders vorhanden sind, die Akkordarbeit auch für die Unternehmer große Nachteile im Gefolge hat. Diese Nachteile sind für uns in diesem Falle noch um deswegen besonders beachtenswert, als feststeht, daß durch diese Nachteile in der Hauptsache auch diejenigen Arbeiter schwer geschädigt werden, welche aus den Färbereien kommende Garne weiterverarbeiten müssen. Herr Eugen Hastaden schreibt:

Infolge des stetigen Anwachsens der Arbeitslöhne betrachtet es wohl jeder Betriebsleiter als eine seiner Hauptaufgaben, seine verfügbaren Arbeitskräfte auf die denkbar beste Art auszunutzen; da dies am leichtesten durch das Akkordlohnsystem geschehen kann, hat es sich in allen Betrieben ziemlich stark eingebürgert, so auch in den Färbereien, obwohl gerade diese Betriebsart für Akkordarbeit nicht als günstig bezeichnet werden kann. Es gibt wohl in den Färbereien verschiedene Arbeiten, die sich mittels Akkordarbeit leicht ausführen lassen, doch sind diese bald aufgezählt: hierher gehören unter anderem das Unterbinden der Garne, das Vorbereiten derselben zur eigentlichen Färberei, die Trocknung und Packung der Garne. Wir treffen aber Färbereien, die gewisse Arbeiten im Akkord ausführen lassen, für welche das Akkordlohnsystem nicht geeignet ist, da dadurch häufig Unannehmlichkeiten und Verdrießlichkeiten entstehen, deren Beseitigung mehr Aufwand an Zeit und Geld erfordert, als mit diesem Lohnsystem erspart werden kann. Es sind dies solche Arbeiten, die an die Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit der Arbeiter hohe Anforderungen stellen und überdies ein Uebereilen nicht vertragen und das sind hauptsächlich die Beizungen und die Ausfärbungen der Garne. Es gibt Färbereibetriebe älteren Systems, deren Arbeitslokale in allen möglichen Gebäuden überall verteilt und daher von einer Seite aus nicht gut zu überwachen sind. Um nun weitere Ueberwachungen zu ersparen, lag der Gedanke sehr nahe, die in allen Teilen der Gebäude stattfindenden Arbeiten durch das Akkordsystem zu entlohnen. Aber dieses Sparsystem hat seine ganz bedenklichen Seiten. Selbstverständlich trachtet jeder Akkordarbeiter, so viel als möglich zu verdienen, und zwar auf dem leichtesten Wege. Ziehen wir nur die Auskochung der Garne in Betracht, so ist es selbstverständlich, daß diese Arbeit auf sehr pünktliche Weise durchgeführt werden muß; habe man hier Akkordarbeit, so wird der Auskochkessel in der denkbar schlechtesten Form mit Garn gefüllt, unbekümmert um die regelrechte Einlegung der Garne. Nun hat aber die Kochflüssigkeit immer das Bestreben, in ihrem Laufe durch das Garn diejenigen Stellen auszusuchen, die ihr den kleinsten Widerstand entgegensetzen. Wird das Garn ganz unregelmäßig eingelegt, so entstehen verschieden große Zwischenräume, durch welche die Kochflüssigkeit ihren Lauf nimmt; die Folge davon ist dann, daß die Garne an den Stellen, wo größere Zwischenräume sich befinden, intensiver ausgekocht werden, als an den Stellen, wo das Garn gepreßter aufeinander liegt und von der Flüssigkeit weniger durchzogen wird. Die weiteren Folgen einer solchen Auskochung sind alsdann Fleckenbildungen in den gefärbten Garnen, und der Fehler wird dann gewöhnlich überall gesucht, nur nicht am richtigen Orte. Ganz allgemein wird der Auskochung der Garne noch viel zu wenig Rücksicht geschenkt und die Folgen einer schlechten Auskochung anderen Manipulationen zugeschrieben. Vielfach sieht man mit dem Einlegen der Garne in die Kochkessel die schlechtesten Arbeiter beschäftigt. Gut ausgekochtes Garn wird selten unegal in der Ausfärbung. Auch die Beizungen und Ausfärbungen der Garne erfordern eine gewisse Zeit, die man straflos nicht verkürzen kann. Nehmen wir aber auch hier das Akkordsystem, so wird der Arbeiter trachten, so viel als möglich fertig zu bringen. Wenn auch jeder Färbermeister genau weiß, wieviel Zeit ein gewisses Quantum Garn bei einer bestimmten Manipulation erfordert und dadurch gewissermaßen eine Kontrolle in der Hand hat, so kann der Arbeiter doch noch leicht seine Arbeit um ¼ bis ½ Stunde verkürzen und diese Zeit zu anderen Akkordarbeiten benützen. Ist eine Beizung schlecht durchgeführt worden, so erzielt man meistens schlechte Ausfärbungen und dann wird den Arbeitern, die diese Manipulation ausführen, die Schuld beigemessen und Unzufriedenheit unter den betreffenden Arbeitern hervorgerufen. Bei vielen Ausfärbungen muß Zeit und Temperatur der Flotte genau eingehalten werden, um gut durchgefärbte Garne zu bekommen und diese zwei Momente lassen sich mit dem Akkordsystem nicht leicht vereinigen. Noch bedenklicher ist die Akkordarbeit in der Strangschlichterei; diese Arbeit darf in keiner Weise überhastet werden, und es beruht auf einer völligen Unkenntnis der ganzen Tragweite einer schlecht durchgeführten Schlichtung, wenn sich Färbermeister noch damit brüsten, daß ihre Arbeiter so und so viele Garne am Tage schlichten können. Unter scharfer Kontrolle wird die Arbeit gut gemacht, dreht man den Arbeitern aber den Rücken, so wird über Hals und Kopf geschlichtet, und die Folgen sind dann in der ganzen Vorbereitung für die Weberei, in dieser selbst und an dem Aussehen der fertigen Ware zu bemerken. Ich war in einer großen Weberei, in welcher der Färbermeister in seiner Abteilung selbständig fungierte, und fast die ganze Färberei wurde nach dem Akkordsystem entlohnt. Der Chef war sehr stolz auf seine Färberei und seinen Meister, die so billig arbeiteten; daß aber Weber, Spuler und Scheerer sich fast täglich über die schlechten Garne beschwerten, daß fortwährend an dieselben Vergütungen geleistet werden mußten, daß unverhältnismäßig viel Abfall an den Lumpenhändler geliefert wurde und daß das Aussehen der fertigen Waren viel zu wünschen übrig ließ, das genierte den Chef sehr wenig, war er doch froh, daß er eine „billig arbeitende" Färberei besaß. Meinen diesbezüglichen Bemerkungen und Vorstellungen gegenüber war der Chef taub. Die Weberei arbeitete mit schlechtem Nutzen, die Färberei gegenüber Lohnfärbereien sehr günstig, daher war die Färberei sein Lieblingsobjekt; daß aber diese Abteilung an dem schlechten Gange der Weberei die Hauptschuld hatte, davon war der Chef nicht zu überzeugen. Gerade so wie man in der Metallindustrie zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß feinere Arbeiten, sogenannte Präzisionsarbeiten, sich am vorteilhaftesten für den Betrieb auf Tagelohn ausführen lassen, ebenso sollte auch in den Färbereien dahin gewirkt werden, daß bei diffizilen Arbeiten Taglohn vereinbart wird.

Wir haben diesen Ausführungen nicht viel hinzu zu setzen. Unser Standpunkt der Akkordarbeit gegenüber ist als ein entschieden ablehnender bekannt. Was uns an den vorstehenden Ausführungen freut, das ist der Nachweis, daß durch die mit der Akkordschinderei verbundene Hatz die Garne häufig verdorben werden und demzufolge die Akkordschinderei die Quelle all der Unzuträglichkeiten ist, die in den Webereien von den Arbeitern durch Verarbeiten von schlechtem Material zu erdulden sind. Unsere Kollegen werden gut tun, einmal diesen Artikel zur Grundlage einer Diskussion in den Mitgliederversammlungen zu machen; es wird sich dabei herausstellen, daß die Akkordschinderei in noch vielen anderen Fällen die Quelle des Uebels ist, die endlich verstopft werden muß.

Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterklasse.

K. Paschitnow, der Autor des bekannten Werkes über die Lage der russischen Arbeiterklasse*), liefert in einem Artikel in der offiziellen „Handels- und Industriezeitung" beachtenswertes Material zu der Frage, welche Veränderungen während der letzten Jahre in der wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiterklasse eingetreten sind. Seine auf Grund offizieller Daten gemachten Angaben decken sich vollkommen mit den allgemeinen Beobachtungen, laut welchen die während der Revolutionsjahre erzielten wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiter dank der einsetzenden (und künstlich großgezogenen) Lebensmittelteuerung illusorisch gemacht worden sind.

Paschitnow konstatiert bloß in zwei Industrierayons eine gewisse Aufbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter: im südrussischen Industrierayon, dem Zentrum der russischen Montan- und Hüttenindustrie, und in Baku, dem Zentrum der russischen Naphthaindustrie. Im südrussischen Industrierayon standen die Arbeitslöhne im Verlauf von einigen Jahrzehnten auf derselben Höhe, obwohl die Lebensmittelpreise beständig stiegen. Das Jahr 1905 mit seinen grandiosen Lohnkämpfen machte diesem Zustand ein Ende. Während der Jahreslohn eines Hüttenarbeiters 1904 durchschnittlich 267 Rubel betrug, stieg er 1905 auf 283 und 1906 auf 357 Rubel, d. h. um mehr als 33 Prozent. Die Lebensmittelpreise stiegen während dieses Zeitraumes um 8 bis 30 Prozent, so daß im allgemeinen eine geringe Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter konstatiert werden kann. Weit günstiger gestalteten sich die Verhältnisse in Baku, wo die Arbeiter, dank den eigenartigen Produktionsverhältnissen, einen weit intensiveren wirtschaftlichen Kampf führen konnten, als im ganzen Reiche. Laut dem von den Naphthaindustriellen herausgegebenen „Abriß der Streikbewegung der Arbeiter pro 1903—1906" haben sich die Löhne der Arbeiter während dieses Zeitraumes verdoppelt. Wenn die Lebensmittelpreise in Baku inzwischen auch höher gestiegen sein sollen wie im ganzen Reich, so kann dennoch eine ansehnliche Verbesserung der ökonomischen Lage der Naphthaarbeiter konstatiert werden.

Wie schon eingangs erwähnt, nehmen die geschilderten Industrierayons eine Ausnahmestellung ein, die die allgemeine Verschlechterung der Lage der Arbeiter im ganzen Reiche nur um so krasser hervortreten läßt. Im Uralgebiet, wo ungeheure Kadres von Arbeitern in der Montan- und Hüttenindustrie beschäftigt sind, befanden sich die Durchschnittslöhne der zahlreichsten Gruppe der Arbeiter — der Hülfsarbeiter — von 1872 bis 1897 auf demselben Niveau, obwohl die Lebensmittelpreise inzwischen um ca. 30 Proz. stiegen. Bloß ein geringer Teil der qualifizierten Arbeiter erzielte eine ansehnliche Gehaltsaufbesserung, die meisten mußten sich jedoch mit einer Gehaltszulage von 5 bis 25 Proz. begnügen. Seit 1897 sind die Lebensmittelpreise gewaltig in die Höhe gegangen, von Gehaltsaufbesserungen während dieses Zeitraumes ist dagegen nichts bekannt. Die ökonomische Lage der Uraler Arbeiter hat sich im Gegenteil außerordentlich verschlechtert, weil die Industrie infolge der Raub- und Lotterwirtschaft auf den Fabriken und Werken immer mehr verfällt.

Sehr schlecht ist die Lage der Arbeiter im Zentrum der russischen Textilindustrie im Moskauer Industrierayon. Nach den soeben veröffentlichten Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1905 sind die Durchschnittslöhne der Arbeiter im Gouvernement Moskau 1905 um 2—3 Proz. gesunken, die Lebensmittelpreise dagegen um 8—40 Proz. gestiegen. Seitdem sind die Löhne um 5—20 Proz. gestiegen, die Lebensmittelpreise dagegen stiegen in weit stärkerem Maße. So stiegen 1906—1907 die Brotpreise von 80 auf 110—120 Kop. pro Pud, d. h. um ca. 50 Proz.!

Die trockenen Daten des offiziellen Blattes sprechen eine erschütternde Sprache. Sie weisen darauf hin, daß die Arbeiterschaft in weit stärkerem Maße als alle anderen Gesellschaftsschichten von dem allgemeinen ökonomischen Niedergang des Zarenreiches in Mitleidenschaft gezogen wird. Die ökonomischen Eroberungen, die die russische Arbeiterklasse während der „tollen" Revolutionsjahre machte, sind ihr seitdem geraubt worden, denn die einsetzende Reaktion entriß ihr die mächtigste Waffe zur Verteidigung der eroberten Positionen — die Organisation. —

*) K. A. Paschitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland in deutscher Sprache erschienen bei J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Statistiken.

Der Wert gut zusammengestellter statistischer Aufnahmen wird von den meisten unserer Mitglieder noch verkannt. Zahlenbeweisen. Dies müßten sich unsere Leute stets mehr vor Augen führen und sich bestreben, der statistischen Aufnahme ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr Interesse entgegenzubringen wie bisher. Besonderen Wert erhält eine sorgfältige Aufstellung erst bei Lohnstreitigkeiten mit den Unternehmern, und mancher Verbandsfunktionär hat eine solche sorgfältige Zusammenstellung schon des öftern im gegebenen Moment vermissen müssen. Da kommt man als Ausschußmitglied oder als Verbandsvertreter zu den Verhandlungen ohne statistische Unterlagen und muß sich infolgedessen von dem Unternehmer „beweisen" lassen, was die Arbeiter verdienen, und wenn man den Unternehmer sprechen hört, verdienen seine Arbeiter das meiste. Und nun steht man als Vertreter der Arbeiter da, und weiß nicht recht, was man erwidern soll. Sind aber sorgfältig ausgearbeitete Zusammenstellungen vorher gemacht, so kann man auf der Stelle, den in der meisten Fällen schön aufgeputzten Angaben des Unternehmers mit Sicherheit entgegentreten.

Mancher Arbeiter — auch in unseren Reihen gibt es noch viele — stehen diesen statistischen Aufnahmen mißtrauisch gegenüber, viele, weil sie zu wenig, wenige, weil sie etwas mehr verdienen. Das ist falsch. Der Unternehmer weiß auf Grund seiner Bücher jederzeit genau, was seine Arbeiter in corpore, was jeder einzelne verdient hat.

Der einzelne Arbeiter müßte sich sogar jede Woche, oder besser gesagt, jede Löhnung, seinen Lohn und seine Arbeitszeit sorgfältig notieren, um jederzeit mit seinem Material dienen zu können. Es ist doch durchaus nicht mit großer Mühe verbunden, seinen Lohn in obenbesagter Weise zu notieren, um diese Aufzeichnungen im gegebenen Moment den Verbandsfunktionären, sowie den Ausschüssen zur Verfügung stellen zu können. Und wir können den Mitgliedern sagen: manche Lohnbewegung wäre besser für die daran Beteiligten ausgefallen, hätten uns statistische Unterlagen zur Verfügung gestanden.

Eine Statistik hat auch praktischen Wert für den Haushalt. Erst wenn die Frau jederzeit in nackten Zahlen sieht, was einkommt, und was für das Leben notwendig ausgegeben werden muß oder müßte, dann erst kommen auch die Frauen, die zwar sonst schon geborene Finanzminister sind, zum Nachdenken und Nachrechnen und finden, wie schon für uns Arbeiter gesorgt ist, und wie ferner das Haushaltungsbudget von Jahr zu Jahr durch die fortwährende Steigung der Lebensmittelpreise mehr belastet wird. Die Unternehmer wehren sich mit Händen und Füßen gegen Statistiken „aus wohlerwogenen Gründen", eben weil Zahlen beweisen. So wollte das Kaiserlich Statistische Amt in Berlin eine Aufnahme machen über die Arbeitgeberorganisationen und es wandte sich zu diesem Zwecke an die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände. Diese hat nun das Kaiserliche Amt mit seinem Ansuchen abschlägig beschieden und gleichzeitig an die Unternehmerverbände die Weisung ergehen lassen, dem Kaiserlichen Amt ebenfalls keine Auskunft auf etwaige Fragen zu geben.

Wir als Arbeiter haben aber ein Interesse daran, daß die Oeffentlichkeit erfährt, wie unsere Arbeitsverhältnisse sind. Wir müssen also als Gewerkschaftler den statistischen Erhebungen mehr Interesse entgegenbringen und diese jederzeit unseren Verbandsfunktionären zur Verfügung stellen; das kann der Gesamtheit, wie dem einzelnen nur von Nutzen sein. W. Pf.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Die Aussperrung im Wirkereigebiet des Erzgebirges hat noch keine Veränderung erfahren.

Zu dem Stoffdruckerkampf in Penig ist zu berichten, daß die Firma bei allen mit den Ausgesperrten gepflogenen Unterhandlungen auf ihrer Hauptforderung: bedingungslose Aufnahme der Arbeit, beharrte. Die Ausgesperrten werden sich ihr aber nicht auf Gnade und Ungnade ausliefern. Die Firma, die schon hohe Summen für die Werbung von Rausreißern angewendet hat, hofft nunmehr, daß nach vierteljähriger Dauer der Aussperrung der Textilarbeiterverband den Stoffdruckern die Unterstützung entziehen wird. Natürlich wird diese Hoffnung sich nicht erfüllen. Bei ihren Versuchen, Rausreißer für ihren Betrieb anzuwerben, hat die Firma nicht viel Glück gehabt. Nach Pfingsten haben fünf ungelernte Leute, die aus Chemnitz kamen, sich der Firma zur Verfügung gestellt; es waren Schlosser, Weber, Kellner und Fleischer. Das sollte ein Abschreckungsmittel für die Drucker sein; doch scheint es, als ob die Geschäftsleitung sogar mit diesen Elementen nicht ohne Differenzen auskommen könne, denn drei von ihnen haben schon wieder den Betrieb verlassen. Am Montag voriger Woche jedoch hat es auch ein gelernter Stoffdrucker über sich gebracht, sich der Firma anzubieten und anzufangen. Derselbe, Franz Koci, zuletzt in Frankenberg beschäftigt, ist den Ausgesperrten kein Unbekannter, da er schon in früheren Jahren hier in Arbeit stand. Großer Sympathie erfreute er sich schon früher nicht und wird dieselbe nun sicher nicht steigen. Dies ist der erste arbeitswillige Drucker in dem bereits ein Vierteljahr andauernden Kampfe. Wir bitten jedoch, in allen Orten, wo sich Stoffdruckereien befinden, ein wachsames Auge darauf zu haben, daß allerorts weiter solidarisch gehandelt wird. Dann müssen die Drucker den Sieg davontragen.

Die Aussperrung der Spitzenweber und Hilfsarbeiter bei der Firma Landmann u. Hellwig in Zwickau nimmt insofern schärfere Formen an, als die Firma jetzt versucht, Arbeitswillige zum Anlernen zu bekommen. Am 15. Juni fuhr der Fabrikant Hellwig mit seinem Meister Hünek nach Beiersdorf, um drei dort wohnende, gleichfalls entlassene Spitzenweber aufzusuchen und dieselben zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Den Kollegen wurden große Versprechungen gemacht, ein Zeichen, daß die Firma stark in Bedrängnis geraten ist, trotzdem sie behauptet, es läge keine Aussperrung vor, während doch längst feststeht (Brief aus Grimma), daß die Organisation vernichtet werden soll. Hellwig versuchte den Beiersdorfer Kollegen einen Kontrakt zu empfehlen, der **zehn** Jahre bestehen soll, bei einem Garantielohn von 36 Mark pro Woche, für die **Hilfsarbeiter** und die, welche die Arbeit lernen, 24 Mark. **5000 Mark** sollen garantiert werden, wenn er sie **vor** Ablauf entlassen müsse.

Die Firma hat sich aber getäuscht, denn die Kollegen wurden glücklicherweise noch rechtzeitig aufgeklärt, so daß sie auf das Angebot verzichteten. Der Gardinenmeister **Kober** versuchte in **Auerbach** und **Falkenstein** sein Glück, wo er den Kollegen erzählte, er sei in Ferien. Dem Kober gelang es auch, 2 Gardinenweber nach Zwickau zu lotsen. Der eine heißt **Hellwich**. Diese beiden, welche ihre Familien noch in Auerbach haben, sollen jedenfalls von dem Meister **Hünek** angelernt werden. Letzterer geht jetzt in der Mittagsstunde nicht mehr zu Hause und läßt sich von seiner Frau Essen tragen, da bei ihm doch wohl noch etwas Schamgefühl vorhanden ist, wenn er die Zeit zurückdenkt, wo er in Leipzig für die Organisation gekämpft hat. Daß die Polizei in Zwickau sich besonders für das Unternehmertum ins Zeug legt, ist etwas ganz Selbstverständliches. Mußte doch der Kollege Graupe einen Schutzmann ganz energisch darauf hinweisen, was er nicht zu tun habe, als man die zwei Weber hereinführte und versucht wurde, am Montag früh die Kollegen von der Situation zu unterrichten. Mit den zwei ungelernten Webern wird die Firma doch auf die Dauer nicht auskommen, wenn die Kollegen **allerorts den Zuzug strengstens fernhalten.**

Bei der Firma F. W. Heinze in Spremberg stehen die Weber und Weberinnen in Lohnbewegung. Zuzug ist streng zu vermeiden.

Generalaussperrung in der westfälischen Textilindustrie! Der Arbeitgeberverband des Münsterlands hat beschlossen, allen organisierten Arbeitern dieser Industrie zu kündigen, im Fall bis zum Ablaufstermin der Kündigung keine Einigung bei der Firma Brinkhaus in Warendorf erzielt wird. Bei dieser Firma kam es infolge Lohndifferenzen zur Aussperrung zahlreicher Arbeiter in Warendorf und Sassenberg, die dann den obigen Beschluß zur Folge hatten. In der Hauptsache ist der christliche Textilarbeiterverband beteiligt.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Ausland.

Italien. In der Nähe von Parma spielt sich seit sieben Wochen ein Agrarstreik ab. Er führte in der Stadt selbst einen Generalstreik herbei, in dem die Arbeiter Sieger blieben. — Der Agrarstreik währt fort.

Politische Nachrichten.

Preußischer Landtag. Zu den sechs im ersten Wahlgange gewählten Sozialdemokraten ist auch der siebente in der Stichwahl gewählt worden: Adolf Hoffmann. Die kleine sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag bereits eine lebhafte Tätigkeit entfaltet und unter anderen Anträgen auch einen solchen auf Haftentlassung des Abgeordneten Dr. Liebknecht gestellt, der bekanntlich eine Festungsstrafe verbüßt.

Gerichtliches.

Wegen Beleidigung des Fabrikanten Bian in Sentheim ist unser Gauleiter Gsell in Mülhausen i. E. zu 10 Tagen und der Redakteur Wicky zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Wir werden in nächster Nummer über die Verhandlung ausführlich berichten.

Aus Unternehmerkreisen.

Wie die „armen" Innungsmeister der Posamentenindustrie in Hamburg ihren Kongreß verlebten. Zur gleichen Zeit, zu der in Hamburg der Gewerkschaftskongreß stattfand, hatten sich auch die Innungsmeister der Posamentenindustrie ein Stelldichein gegeben, um neben der Erledigung einer Reihe verbandsgeschäftlicher Angelegenheiten auch eine Unterstützungskasse in Streikfällen zu gründen. Die Tagesordnung umfaßte auch 10 Punkte, wie diejenige des Gewerkschaftskongresses. Zur Erledigung derselben waren 5 Tage angesetzt. Es dürfte nun für die Posamentiergehülfen nicht uninteressant sein, zu erfahren, wie sich die „armen" Innungsmeister in den 5 Tagen geplagt haben, um ihr Gewerbe hoch zu bringen. Nach der „Verbands-Zeitschrift der Deutschen Posamentenindustrie" ging die Erledigung der Tagesordnung folgendermaßen von statten:

Sonnabend, den 20. Juni.

Empfang der Kollegen im Verbandslokal „Restaurant Erholung".

Sonntag, den 21. Juni.

Vormittags Verhandlung von ½11 bis ½2 Uhr, dann Festessen und nachmittags Fahrt auf der Alster.

Montag, den 22. Juni.

Vormittags Verhandlung von 9 Uhr bis zur Erledigung der Tagesordnung, mittags Besichtigung eines Schnelldampfers, Dampferfahrt auf der Elbe durch die Häfen nach der Lühe, dem Kirschenlande, woselbst der Kaffee eingenommen wird, alsdann nach Blankenese. Das Abendessen wird bei Sagebiel (ff. Aussichtspunkt, Blick über die Elbe) stattfinden. Per Dampfer zurück nach St. Pauli usw.

Dienstag, den 23. Juni.

Fahrt nach Helgoland oder Eisenbahnfahrt nach dem Bismarck-Mausoleum, Fußtour durch den Sachsenwald (die Fahrt nach Helgoland muß vorher wegen Preisermäßigung angemeldet werden!).

Mittwoch, den 24. Juni.

Allgemeines Herumbummeln in Hamburg, wobei die Sehenswürdigkeiten in Augenschein genommen werden.

Diese allgemeine Herumbummelei in und um Hamburg dürfte manchem Innungsmeisterlein ein schweres Stück Geld gekostet haben. Und wir möchten daher den Posamentiergehülfen den Rat geben, recht auf dem Posten zu sein, damit nicht etwa der eine oder andere der Innungsmeisterleins, pochend auf die gegründete Unterstützungskasse in Streikfällen, auf den Gedanken kommt, die Kosten dieser allgemeinen Herumbummelei in und um Hamburg von den Gehülfen zahlen zu lassen.

Betriebsunfälle.

Recht auffälligerweise häufen sich in den letzten Wochen die Unfälle in dem größten Betriebe Hofs, der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei, Abteilung Weberei. Am 16. Juni erlitt eine Fleyerin schwere Verletzungen am Kopfe; dieselbe war mit dem Putzen der Maschine dem Rädergetriebe zunahe gekommen, so daß sich ihre Haare in demselben verwickelten und sie zwei Finger breit die Kopfhaut verlor. Am 17. Juni verunglückte ein mit Einölen beschäftigt gewesener Arbeiter so, daß ihm die linke Hand amputiert werden mußte. Anläßlich eines Besuches äußerten sich im hiesigen „Hofer Anzeiger" die Herren Rechtspraktikanten in überschwenglicher Weise über die Einrichtungen in diesem Betrieb, es scheint aber, als sucht man schematisch bei solchen Gelegenheiten zu prunken, während die rauhe Wirklichkeit solche Urteile gründlich revidiert. Hoffentlich gibt die Gewerbeinspektion der Firma einmal zu verstehen, daß die Plakate mit der Aufschrift: „Während des Ganges der Maschinen nicht putzen!" nicht genügen.

Zwei schwere Unfälle ereigneten sich in den Betrieben von Jm. Weller und J. G. Wolf sen. Je ein Arbeiter kam mit der Hand in den Wolf. In dem einen Falle ist es nur der Kunst der Aerzte zu verdanken, daß dem betr. Arbeiter die Hand erhalten bleibt. Kaum sind diese Unfälle vorbei, so wird schon wieder ein neuer gemeldet. Am 27. Juni kam bei der Firma Jmanuel Unger ein Arbeiter mit dem Arm in den Selfaktor. Zum Glück konnte derselbe sofort zum Stillstand gebracht werden, so daß größeres Unglück vermieden ward.

Mißstände im Textilgewerbe.

Achtung, Posamentierer! Die Firma Grabow u. Matthes, Posamentenfabrik in Kiel, sucht jahrein jahraus tüchtige Gehülfen bei dauernder Stellung. Es werden dort durchschnittlich 5 Gehülfen beschäftigt. Wie diese Firma das Wort dauernd auffaßt, zeigt sich darin, daß allein in den letzten vier Monaten sieben Gehülfen gekündigt wurde. Auf Veranlassung der Direktrice Frau Hager, die einen großen Einfluß auf Herrn Matthes auszuüben imstande ist, fliegt jeder der ihr nicht paßt.

Trotzdem fortwährend neue Gehülfen eingestellt werden, sind Ueberstunden an der Tagesordnung. Einen Kollegen hat man bis aus Olmütz (Oesterr. Mähren) hergelockt und hat demselben dann einen Lohn von 18 Mk. pro Woche angeboten. Zum Bedienen eines Fortschrittsstuhls und zum Arbeiten auf dem Schreiberschen Jacquardstuhl wurden lediglich Lehrlinge verwandt, bis eines schönen Tages die Maschinen so vermurkst waren, daß sie wegen ungeschickter Behandlung anfingen zu streiken. Als die Herren sahen, daß diese Stühle mit ungeschulten Kräften nicht betriebsfähig zu erhalten seien, wurde ein Gehülfe eingestellt, der alles wieder in Ordnung bringen mußte. Da nun die Sache wieder klappte und derselbe der Direktrice nicht paßrecht ist, ist seine Mission erfüllt; er hat als achter innerhalb vier Monaten den Betrieb dieser Firma passiert. Unter solchen Umständen werden alle Kollegen gut tun, wenn sie auf die dauernden Stellen der Herren Grabow u. Matthes verzichten.

Berichte aus Fachkreisen.

Aachen. Unsere Organisation betrachtet als ihre vornehmste Aufgabe die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Mitglieder. Außerdem ist der Verband bestrebt, in allen Wechselfällen des Lebens seinen treuen Anhängern nicht nur Berater, sondern auch Helfer zu sein. So zahlt z. B. der Verband nicht nur Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in vorkommenden Fällen, sondern auch bei eintretender Krankheit einen Zuschuß zum Krankengeld, welcher je nach Leistung des Mitgliedes immerhin eine nennenswerte Höhe erreicht, in allen Fällen aber als eine willkommene Erleichterung empfunden wird. Ferner zahlt der Vorband den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder eine Sterbeunterstützung, den reisenden Kollegen und Kolleginnen eine Reiseunterstützung, solchen Mitgliedern, die wegen ihrer Tätigkeit für den Verband oder infolge Streik oder Maßregelung ihren Wohnsitz wechseln müssen, Umzugsunterstützung. Vom 1. Oktober dieses Jahres ab wird die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, welche wieder Tausenden von Mitgliedern eine gern gesehene Erleichterung in ihrem wirtschaftlichen Daseinskampfe bringen wird. Wenn so die Organisation besorgt ist, den Mitgliedern in allen Lagen des Lebens beizustehen, so haben aber auch umgekehrt die Mitglieder die Verpflichtung, darauf zu achten, daß die Kasse des Verbandes nicht unnötig von unwürdigen Mitgliedern geschwächt wird. Jedem Verbandsmitgliede steht die Unterstützung zu, die das Statut vorschreibt, und die soll und wird er auch unverkürzt erhalten. Nun kommt es aber nicht selten vor, auch hier in Aachen, daß Mitglieder Unterstützungen verlangen, auf die sie nicht den geringsten Anspruch haben, und wenn sie dann sehen, daß diesem unberechtigten Verlangen nicht stattgegeben wird, erklären sie kurzerhand ihren Austritt aus der Organisation. Andere wieder versuchen so viel wie eben möglich aus der Verbandskasse herauszubekommen und kehren dem Verbande alsdann den Rücken. An einigen frappanten Vorkommnissen der letzten Zeit sei dieses illustriert. Wir sind es unseren treuen Mitgliedern, welche jahrelang ihren Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachgekommen sind, schuldig, in diese Zustände hineinzuleuchten. Möge der Erfolg hiervon dann der sein, daß durch gemeinsames Arbeiten von Mitgliedschaft und Verwaltung es dahin gebracht wird, daß wir in Zukunft über ähnliche Fälle nicht mehr zu berichten brauchen.

Als erster Fall sei hier die Maßregelungsunterstützung der beiden Geschwister Elvira und Katharina Depolt besprochen, die beide aus Aachen sind. Die Stellung zum Zweistuhlsystem ist seitens unserer Filiale vor wie nach eine ablehnende. Wir haben denn auch zu verzeichnen, daß bis jetzt noch kein einziges unserer Mitglieder dem Einzug des Zweistuhlsystems Vorschub leistet, abgesehen von einigen. Bei Erkens, genannt auf Kuhhorn, wurde im Frühjahr das Zweistuhlsystem eingeführt; mehrere unserer Kolleginnen, die dort in Arbeit standen, konnten dortselbst Arbeit behalten, Bedingung war aber das Arbeiten auf zwei Stühlen. Die Kolleginnen lehnten mit unserer Zustimmung dieses Ansinnen ab. Unsere Organisation zahlte den Mädchen die Gemaßregeltenunterstützung und es wurden der Elvira Depolt, welche am 8. November 1907 dem Verbande als Mitglied beigetreten war und bis 29. Februar 1908 ganze 3,60 Mk. an Beiträgen geleistet hatte, insgesamt eine Gemaßregeltenunterstützung von 143 Mk. gezahlt. Der Katharina Depolt, welche am 18. April 1906 dem Verbande beitrat und bis zum Tage der ersten Unterstützung 10,10 Mk. an Beiträgen geleistet hatte, wurde an Gemaßregeltenunterstützung 58,50 Mk. ausgezahlt. Letztere erhielt am 25. April 1908 wieder Arbeit auf einem Stuhl. Nachdem dann die erstgenannte Elvira am 22. Mai die gesamte Unterstützung in Höhe von 143 Mk. ausgezogen hatte und sie weiteres Geld aus der Verbandskasse nicht herauspressen konnte, ging sie gemeinsam mit ihrer Schwester, entgegen ihren bestimmten Versprechungen, die sie uns wiederholt gegeben, dennoch auf zwei Stühle arbeiten und — meldeten sich beim christlichen Verband als Mitglied an.

Für eine solche tadelnswerte Handlungsweise fehlt einem der richtige Ausdruck.

Frau Gertrud Lamour aus Aachen war am 8. November 1907 dem Verbande beigetreten; sie hatte genau 17 Wochenbeiträge á 20 Pfg. gezahlt, also dem Verbande an Beiträgen 3,40 Mk. geleistet, als nach ihrer Aussage der Arbeitgeber von ihr verlangte, zwei Stühle zu bedienen, was sie ablehnte und weswegen der Vorstand ihr Maßregelungsunterstützung zubilligte, sofern sie wegen ihrer Weigerung entlassen würde. Die Frau befand sich damals im achten Monat ihrer Schwangerschaft, und wir gaben noch unserer Entrüstung durch Ausdruck, daß die Profitwut eines Fabrikanten selbst vor einer solchen Person nicht Halt machte. Wir hatten ihr also die Unterstützung zugebilligt, obschon sie erst einige Wochen Mitglied war. Es kam aber anders. Mittlerweile hatte man sich in der Fabrik bekehrt und die Frau arbeitete auf einem Stuhl weiter bis zum Vorabend ihrer Niederkunft. Nun kam der Ehemann ins Verbandsbureau, die Wöchnerinnenunterstützung zu holen, welche ihm natürlich nicht ausbezahlt werden konnte, weil ja die Wöchnerinnen- und ebenso die Krankenunterstützung an eine Karenzzeit von 52 Wochen und Zahlung von ebenso viel Wochenbeiträgen gebunden ist. Nun meldete er seine Frau als Mitglied ab und das, obschon wir dieser Frau erst kurz vorher die Maßregelungsunterstützung zugesprochen hatten, was uns unter Umständen eine nette Summe Geld gekostet hätte, wenn nicht in letzter Stunde der Fabrikant sich eines Besseren besonnen hätte. Und dieser „zärtliche" Ehemann betonte noch, daß es ihm sehr reue, seine Frau nicht gezwungen zu haben, auf zwei Stühlen zu arbeiten!

Erwähnen könnten wir eine Anzahl Fälle, wo Mitglieder, welche ihre im Statut festgelegte Krankenunterstützung in Höhe von 40, 48 oder 56 Mk. (je nach ihrer Beitragsleistung) in einer Periode herausgezogen haben und dann nicht über den Rahmen des Statuts hinaus noch weiter unterstützt werden, dem Verbande ihre Mitgliedschaft kündigen.

Wieder anderen will es absolut nicht in den Sinn, daß die Reiseunterstützung am Ziel der Reise oder wenigstens für eine bereits zurückgelegte Strecke gezahlt wird; sie glauben unbedingt ein Anrecht darauf zu besitzen, sich die Reisegelder im voraus zahlen zu lassen. Daß solches noch Mitgliedern passiert, die bereits jahrelang dem Verbande angehören, ist um so bedauerlicher, und noch trauriger ist es, wenn diese Leute dann hernach auch noch hingehen und die Organisation bei den übrigen Mitgliedern in Mißkredit zu bringen suchen.

Wollten wir es tun, wir könnten noch aus der allerletzten Zeit mit den Namen solcher Auchkollegen dienen, welche in ihrer Verblendung aus niedriger Rachsucht die Organisation zu schädigen suchen. Dabei verstehen sie es dann noch, bei Unkundigen den Anschein zu erwecken, als hätten sie nur das Wohl des Verbandes im Auge.

Es ist endlich an der Zeit, daß alle einsichtigen und vernünftigen Kollegen und Kolleginnen solchen Kassenmardern etwas mehr auf die Finger sehen. Es darf keiner zugeben, daß der gute Name der Organisation von solchen Leuten in den Kot gezogen wird. Auch haben die Mitglieder das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Einrichtungen des Verbandes nicht gemißbraucht werden. Weist deshalb alle zurück, welche unter der Hand gegen die Organisation arbeiten. Beherzigen wir, was in dem letzten Jahresbericht des Gauvorstandes am Schlusse des Berichts von Aachen so treffend ausgeführt wird; es heißt da: „Für die Aachener Kollegen und Kolleginnen ist es bitter not, daß sie alle Kräfte anspannen zum äußeren Ausbau und zur inneren Kräftigung unseres Verbandes. Denn sie haben den Kampf zu führen gegen ein mächtiges Fabrikantentum, gegen einen stark überlegenen „christlichen" Gegner und gegen ein Heer von Indifferenten, die alle den Aufstieg zu einer besseren Lebenshaltung und zur geistigen Freiheit hindern! Einigkeit und Kollegialität möge ihre Parole sein!"

Breslau. Die in den Breslauer Spinnereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen scheinen die dort bestehenden Arbeitsverhältnisse für gut zu befinden. Trotz aller Anstrengungen ist es nicht möglich, nur eine einigermaßen gutbesuchte Versammlung zustande zu bringen. Wir wollen einige dieser Betriebe einmal etwas unter die Lupe nehmen. Wir haben hier die Betriebe des Sozialreformers Dr. Schwerin. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden. Löhne werden in der Höhe von 6 Mk. und niedriger pro Woche für weibliche Arbeitskräfte gezahlt. Die Behandlung durch Meister und Aufseher läßt sehr viel zu wünschen übrig. Da aber die Meister in die Versammlungen kommen, können die Arbeiterinnen sich nicht aussprechen. Eingeschüchtert durch den Terrorismus der Meister, wagen die Arbeiter kaum den Blick zu erheben. Nicht besser liegen die Verhältnisse bei der Firma Kauffmann. Am schlimmsten aber liegen die Verhältnisse in der Roßhaarspinnerei von Friedmann. Der Betrieb zählt ungefähr 20 Arbeiter. Auch hier werden für Frauen Löhne von 6 bis 7,20 Mk. gezahlt. Die Behandlung der Arbeiterinnen durch den Betriebsinhaber Friedmann ist eine kaum glaubliche. Grobe Beschimpfungen, auch tätlicher Art, sind schon vorgekommen. Wohl erkannten die versammelten Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation an, doch zu einem sofortigen Eintritt konnten sie sich nicht entschließen. Für unsere organisierten Kollegen und Kolleginnen erwächst darum die doppelte Verpflichtung, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch hier die Organisation ihren Einzug gehalten hat. Gegen die russischen Zustände bei der Firma Friedberg kann nur eine machtvolle Organisation einschreiten. Darum, Ihr Breslauer Textilarbeiter, hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband.

M. S.

Chemnitz. Die hiesige Filiale hielt Sonnabend, den 27. Juni, eine außerordentliche Generalversammlung im Ballsaal „Charlottenburg" ab. Kollege Karl Lorenz aus Hohenstein sprach über: „Die Geistestätigkeit des Menschen". Für seine vortrefflichen lehrreichen Ausführungen wurde ihm am Schlusse lebhafter Beifall zuteil. Hierauf wurde an Stelle des Kollegen Reinhold, welcher sein Amt freiwillig niedergelegt hat, Kollege Julius Mehner als erster Vorsitzender unserer Filiale gewählt. Die sich hierdurch noch notwendig machende Wahl eines zweiten Schriftführers fiel auf den Kollegen Eugen Fritzsch. Unter „Vereinsangelegenheiten" gab der Vorsitzende nochmals bekannt, daß sich unser Bureau nunmehr Linienstr. 13, Ecke Brühl, befindet. Nachdem Kollege Stengel noch einige Worte des Dankes für die langjährige opferfreudige und gewissenhafte Tätigkeit des Kollegen Reinhold zum Ausdruck gebracht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Friedland. Der Direktor Stiller bei der Firma Julius Bendix Söhne, hier, hat vor kurzem einen Arbeiter in der Erregung tätlich beleidigt, was sich dieser nicht so ohne weiteres gefallen lassen dürfte. Uebrigens zeigt dieser Fall aufs neue, wie notwendig eine starke Organisation ist; organisierte Arbeiter pflegt man in der Regel besser zu behandeln.

Harburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Mitgliederversammlung jeden dritten Donnerstag während der Sommermonate (Juli, August, September), abends 8½ Uhr im Lokale des Kollegen Fritz Sehlmann stattfindet. Die Reiseunterstützung wird an Wochentagen von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 5 bis 6 Uhr nachmittags ausgezahlt; Krankenunterstützung nur Donnerstags, abends von 5 bis 7 Uhr.

Langenbielau. Die Firma Vereinigte Leinenspinnereien in Schleitheim-Stühlingen (Schweiz/Baden) sucht Arbeiter nicht bloß in in-, sondern auch in ausländischen Zeitungen. Sie verlangt von Arbeitern, welche bei ihr eintreten wollen, ein Leumundszeugnis. Vermutlich will sie ihren Betrieb von Sozialdemokraten frei halten. Solche werden sich hier aber bei den Löhnen, die sie bietet, auch nicht zur Verfügung stellen; ihre Vorsicht ist nicht nötig.

München. (Färberversammlung.) Eine der weniger Arbeiterkategorien, die hier in München der beruflichen Organisation noch vollständig fernstehen, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Färbereien und chemischen Waschanstalten. Die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes entfaltete nun in letzter Zeit eine rührige Agitation, um auch diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen. An sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Färbereien in München und Pasing wurden Flugblätter verteilt und dieselben mittelst Handzettel zu einer am 10. Juni abgehaltenen allgemeinen Färbereiarbeiterversammlung eingeladen. Von den Hunderten von Färbereiarbeiter- und -Arbeiterinnen, die in München und Pasing beschäftigt sind, waren jedoch kaum zwanzig erschienen, darunter auch eine Anzahl vom sogenannten Halleschen Verband. Das Referat hielt Kollege Brüggemann-Augsburg. An der Diskussion beteiligten sich auch zwei Mitglieder des Halleschen Verbandes, darunter der Vorsitzende des Verbandes, Herr Wegener. Wer bisher noch zweifelte, daß dieser Verband eine gelbe Organisation ist, der wurde durch die Ausführungen dieser beiden eines anderen belehrt. Von einem Beitritt zum Textilarbeiterverband wollen die Leute absolut nichts wissen. Als gelernte Färber und Detacheure hätten sie das nicht nötig, sie brauchten auch nicht zu streiken, denn wer mehr Lohn wolle, brauche nur seinen Prinzipal darum zu ersuchen, und er wird mehr erhalten. Dabei gab Herr Wegener einige Paradelöhne von gelernten Färbern zum Besten, wie sie ja vereinzelt in jedem Berufe vorkommen. Auf den Zwischenruf eines Kollegen: „Und die andern", erwiderte dieser Herr ganz kalt: „Was gehen uns die andern an!" Auch ein Standpunkt eines Arbeiterführers. Etwas komisch waren die Ausführungen des Herrn Spitzer, der sich gar nicht vorstellen konnte, wie eigentlich ein Tarifvertrag bei den Färbern aussehen müßte. Herr Spitzer, der sich auch durch fortwährende Zwischenrufe bemerkbar machte, scheint überhaupt bei seinem Verbande den Pimperl Wichtig zu spielen, dabei wußte er nicht einmal, daß es in München noch mehrere Färbereien mit elfstündiger Arbeitszeit gibt. — In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß es den Herren vom Halleschen Verband nicht gelungen sei, seine Ausführungen zu widerlegen, und wenn sich auch jetzt diese Kollegen unserem Verband gegenüber noch ablehnend verhalten, so werden wir wieder kommen, und auch die Färber werden noch den Wert eines einheitlichen Zusammenschlusses begreifen lernen. Nachdem der Vorsitzende noch einmal die Anwesenden zum Beitritt in den Deutschen Textilarbeiterverband aufgefordert hatte, ließen sich die Büglerinnen aufnehmen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

In dem Unternehmer-Inseratenorgan „Färberei und Appretur", das dem Halleschen Verband seine Spalten öffnet, erschien in der nächsten Nummer ein Bericht über obige Versammlung, der die Wahrheit so ziemlich auf den Kopf stellt und in spöttischem Tone gehalten ist. Der Einsender hätte besser getan, das Eingesandt in derselben Nummer zu studieren, in der ein Kollege Aug. Grühn-Freiburg-Bittenweiler die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden in den Färbereien verlangt. Ein Beweis, wie sehr es in dieser Beziehung in den Färbereien noch im argen liegt, und wie wenig diese Tatsachen mit den hochtönenden Worten des Herrn Wegener in der Münchener Versammlung übereinstimmen.

K.

Oederan. Zu unserem am 12. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Erholung" stattfindenden Zahlabend ersuche die Kollegen und Kolleginnen, vollzählig zu erscheinen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist.

Unter anderem sollen die Leipziger Generalversammlungsbeschlüsse und hauptsächlich die Beitragserhöhung und Erwerbslosenunterstützung besprochen werden.

Auch die Abrechnung vom zweiten Quartal erfordert die Anwesenheit aller Mitglieder. Es wäre überhaupt angebracht, wenn die Kollegen die Sitzungen besser besuchten und nicht den Vorsitzenden sozusagen mit einer Deputation von 4 bis 5 Mann allein ließen. Daß so keine interessante Sitzung zustande kommt, ist wohl klar, wohl aber müssen diese paar Kollegen auch noch die Lust verlieren, derartige Sitzungen zu besuchen. Im Monat einmal zwei Stunden für seinen Verband zu opfern, ist doch jedem Kollegen möglich, zumal wir unsere Sitzungen Sonntags abhalten.

E. B.

Oedt. Ueber ganz unwürdige und beinahe unglaubliche Zustände wird uns aus dem Betriebe der großen Samtfirma Girmes u. Co., Aktiengesellschaft, berichtet. Die Firma nimmt im allgemeinen eine Ausnahmestellung unter den niederrheinischen Samtfabriken ein, und da sie nicht engherzig ist in der Wahl ihrer Mittel, so gelingt es ihr meistens, auch dann Aufträge zu erhalten, wenn andere Unternehmer schwer unter der schlechten Geschäftslage zu leiden haben. Das haben wir auch jetzt wieder zu verzeichnen, und die Firma nutzt das starke Angebot von Arbeitskräften aufs äußerste aus, um in der rücksichtslosesten Weise die Arbeiterschaft auszubeuten und sie auch sonst auf jede Art und Weise an ihrem verdienten Lohne zu schädigen. Die Weber sind keinen Augenblick beim Liefern vor Abzügen sicher. Wer ein Stück einbringt, mag sich auch darauf gefaßt machen, daß er 1 Mk. oder noch mehr Strafe zahlen muß, ganz gleich, ob der Fehler durch sein Verschulden entstanden ist oder nicht. Für mangelhaftes Putzen und Reinigen der Maschinen, wo man früher durch eine Verwarnung oder einen einfachen Hinweis Besserung herbeiführte, heißt es jetzt: Strafe zahlen! Und wo wird man nicht mangelhaften Putz entdecken, wenn der gute Wille des Aufsichtspersonals da ist, möglichst viel Strafen zu erzielen, um „oben" gut angeschrieben zu sein. In der Beziehung aber ist ein förmliches Wettrennen, ein Buhlen um die Gunst der oberen Fabrikleitung bei manchem Angestellten entstanden. Nicht alle Angestellten betätigen eine solche Gesinnung, aber es gibt welche, die zwar eben erst den Meistertitel erworben haben und die noch vor wenigen Wochen selber die unerhörten Mißstände kritisierten, die jetzt am eifrigsten dabei sind, die Arbeiter anzunehmen. Andere Meister, die vernünftiger verfuhren und zu anständig waren, um alles mitzumachen und die gelegentlich auch die Arbeiter in Schutz nahmen, konnten ihre Bündel schnüren oder haben es vorgezogen, selber den Betrieb zu verlassen. So haben allein in den letzten Monaten vier Meister gekündigt, die schon jahrelang im Betrieb tätig waren. In der Fabrik sieht man immer neue Gesichter, denn die fortwährenden Entlassungen unter der Arbeiterschaft sind schon etwas Alltägliches geworden.

Aber auch in sonstiger Beziehung wird mit den Arbeitern umgesprungen, daß man die Geduld bewundern muß, mit der denkende Menschen sich das alles ohne Widerspruch gefallen lassen. Seit Jahren ist es zwar ständig Usus gewesen, ab und zu Ueberstunden zu machen. In der letzten Zeit aber ist diese gemeinschädliche Unsitte über alles Maß hinausgegangen. Schon früher hat die Fabrikleitung in der Appretur die Belegschaft angehalten, monatelang bis zu 18 Stunden und noch länger zu arbeiten, und nachdem die unvernünftigen Leute sich abgerackert hatten, daß sie vielleicht dauernd in der Gesundheit geschädigt waren, kam die Firma und rechnete ihnen ihren „hohen Verdienst" vor, um unter Hinweis darauf den Lohn ganz gehörig herabzusetzen. Aehnliche maßlose Ueberschreitungen der regulären Arbeitszeit läßt die Firma sich auch jetzt wieder zuschulden kommen. Von den Samtscherern verlangte sie, daß dieselben von morgens 6 bis abends 7 Uhr arbeiten sollten. Als dieselben dagegen Verwahrung einlegten, erklärte der Firmeninhaber: „Dann werde ich andere einstellen und Tag und Nacht arbeiten lassen", wonach auch tatsächlich verfahren wird. Auch in anderen Ressorts, besonders in der Druckerei und Wäscherei, steht die Ueberarbeit in Blüte. Es kommt vor, daß junge Leute 24 Stunden ununterbrochen arbeiten müssen; über eine Leistung von 18 Stunden täglich oder über Sonntagsarbeit redet man schon gar nicht mehr. Wir konnten

mit Sicherheit noch nicht feststellen, ob auch Jugendliche unter 16 Jahren an dieser Rackerei beteiligt sind. Sobald wir derartiges bestimmt ermitteln, werden wir ohne weiteres eine Anzeige bei der Behörde erstatten, damit wenigstens auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, wodurch der maßlosen Ausbeutungssucht der Unternehmer gewisse Schranken gezogen werden, gegen diesen Unfug eingeschritten wird.

Der Torschluß findet morgens 6¾ Uhr statt, und auch dieses Experiment wird dazu benutzt, um Strafgelder über Strafgelder herauszupressen; dabei wird gar nicht gefragt, ob die auswärtigen Arbeiter, die mit dem Zuge ankommen, selber die Verspätung verschuldet haben oder nicht. Kürzlich haben 200—300 Menschen vor dem verschlossenen Tore gestanden. Zwei Arbeiterinnen, die sich in den 10 Minuten, während welcher das Tor geschlossen bleibt, etwas weit entfernt hatten und nicht vor dem Tore stehen blieben, ist sofort gekündigt worden.

Des weiteren haben sich ganz krasse Vorgänge in der Zeugdruckerei abgespielt. Es wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiter unterschreiben mußten, daß sie für verdruckte Ware voll schadenersatzpflichtig sind. Seitdem regnet es Strafgelder und Schadenersatzansprüche, die bis 10—12, ja bis zu 24 Mk. betragen.

Solche Vorkommnisse sind geradezu ein Skandal. Wir bringen sie an die Oeffentlichkeit, um einesteils auf die Firma einzuwirken, vor allem aber, um der Arbeiterschaft zu zeigen, wohin es kommt, wenn sie die lebendige Fühlung mit der Organisation verliert. Ein Lokal zur selbständigen Einberufung einer Versammlung steht der Leitung unseres Verbandes am Ort nicht mehr zur Verfügung. Es müssen daher unsere Mitglieder viel mehr als bisher unermüdlich in der Kleinarbeit für den **Deutschen Textilarbeiterverband** tätig sein, damit durch den allgemeinen Druck der Erregung Versammlungen erzwungen werden und die Arbeiterschaft durch ein gemeinsames Vorgehen sich Anerkennung und gute Behandlung in jeder Beziehung wieder erringt.

Wr.

Osnabrück. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Unterkassierer zum Zwecke der Abstempelung die Mitgliedsbücher einziehen werden. Die Auszahlung der Krankengelder erfolgt jeden Sonntagvormittag von 11—12 Uhr. Ganz besonders weisen wir auf die Vorzeigung des Krankenscheines hin, der bei Beginn und am Ende der Krankheit vorgelegt werden muß. Vorlegung und Auszahlung wird Münsterstr. 2, part., erledigt. Bei Ausbezahlung muß stets das Mitgliedsbuch mitgebracht werden und wird erwartet, daß dasselbe in bester Ordnung sich befindet, widrigenfalls die Unterstützung versagt werden muß. Die Ortsverwaltung.

Wüstewaltersdorf. Im benachbarten Birkenfeld hat Herr Trautvetter vor mehreren Jahren seinen Fabrikbetrieb durch eine kleine mechanische Weberei vergrößert, so daß jetzt immer zirka 13 Personen in dieser Fabrik beschäftigt wurden, worunter 6 bis 8 Weber tätig waren. Die Weber klagten von jeher über die mangelhafte Einrichtung der Webstühle und über schlechte Garne. Gewandte Weber verdienten pro Woche kaum 10 bis 11 Mk., während andere Weber bloß 4 oder 5 Mk. pro Woche verdienten. Uebrigens haben die Leute oft Mühe, überhaupt Geld zu bekommen. Einige Tage vor Pfingsten erließ Herr Trautvetter eine Bekanntmachung in der Weberei, daß er durch schlechten Geschäftsgang genötigt sei, den Webern ihren Lohn um soundsoviel herabzusetzen. Nach dieser Bekanntmachung beträgt die Lohnreduzierung für einen gewandten Weber 3 Mk. pro Woche, so daß ein solcher Weber pro Woche bloß 7 bis 8 Mk. verdienen kann. Seit Pfingsten ruht dieser Betrieb ganz wegen einer großen Reparatur. Hieran ist wieder zu ersehen, wie notwendig für jeden Arbeiter, jede Arbeiterin die Gewerkschaft ist.

Berichtigung.

Berichtigung. Wir erhielten folgende Zuschrift:

Aachen, den 24. Juni 1908.

Textil-Arbeiter Berlin.

In Nr. 25, Seite 198, der Weberstreik Königsberger, führen Sie meine Firma auch unter den Musterknaben von Lohnwebern, welche Streikarbeiten verrichten, mit an. Der Einsender dieses Artikels hat, wenn nicht absichtlich Unwahres geschrieben, dann sehr fahrlässig berichtet. In meinem Betriebe wurde noch keine Streikarbeit fertiggestellt und ersuche höflichst, in Ihrer nächsten Nummer dies richtig zu stellen.

Hochachtend Franz Groß.

In der am 10. Juni im „Paulushaus" abgehaltenen, vom Christlichen Textilarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung wurde von einem Redner auch die Firma Groß als eine derjenigen genannt, welche für Königsberger Streikarbeit machte. Es freut uns, daß diese Mitteilung eine irrtümliche war. D. Red.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsabschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Brandenburg. Den Ortskassierern zur Kenntnis, daß der bisherige Gaukassierer, Kollege Prillwitz, infolge seiner Wahl zum Zentralvorstandsmitglied seinen Kassiererposten im Gau niedergelegt hat. An seiner Stelle ist der Kollege Heinrich Korn, Berlin O 27, Markusstraße 41, vorn IV, von der Gauleitung gewählt worden. Alle Gelder sind an obige Adresse und alle anderen Sendungen an den Gauleiter zu senden. Franz Kotzke.

Ortsverwaltungen.

Aachen. Vom ersten Juli ab befindet sich das Kartellbureau und ebenso das Bibliothekzimmer Alexanderstraße 109, in der Restauration Oeben, worauf wir unsere lesenden Mitglieder besonders aufmerksam machen.

Die Revision der Mitgliedsbücher hat gezeigt, daß eine Anzahl Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Wollen die Betreffenden ihre Rechte an den Verband nicht verloren gehen, so mögen sie auch ihrer Pflicht eingedenk sein.

Die Ortsverwaltung.

Bautzen. Vorsitzender ist von jetzt an: August Steldt, Fischergasse 13; Kassierer: Ernst Motk, Burglehn 2. Sämtliche Unterstützungen werden vom Kassierer ausgezahlt. Alle Korrespondenzen sind an den Vorsitzenden zu richten. Der Vorstand.

Filiale Berlin. Vom Donnerstag, den 16. Juli, ab wird der Zahltag der Zentralzahlstelle bei Manschke, Blumenstraße 38, jeden Donnerstag von 7 bis 10 Uhr abgehalten, also nicht mehr am Freitag.

Burkhardtsdorf. Der Arbeiter Edmund Harzer, wohnhaft in Burkhardtsdorf, ist arbeitslos. — Er soll sich für einen streikenden Wirker ausgeben. Man will auch ein Mitgliedsbuch vom Textilarbeiterverband bei ihm gesehen haben, er ist aber weder Mitglied, noch Mitglied gewesen. Es werden daher die Kollegen, wo er auftauchen sollte, auf ihn aufmerksam gemacht.

Die Ortsverwaltung.

Chemnitz. Die Adresse des Vorsitzenden der Filiale Chemnitz ist von jetzt an Julius Mehner, Lessingstraße 11 IV. Alle Briefe und sonstigen Sendungen sind an die Geschäftsstelle, Linienstraße 13 I, zu richten.

J. A.: Hermann Florschütz, Geschäftsführer.

Düsseldorf. Die Adresse des Vorsitzenden ist Aug. Spieß, Düsseldorf, Düsselstraße 25, 2 Tr., Alle Anfragen sind dahin zu richten. Die Ortsverwaltung.

Guben. Kassierer ist seit dem 1. Juli Otto Donath, Am wendischen Kirchhof Nr. 2. Alle dem Kassierer zugedachten Zuschriften wolle man nur an dessen Adresse senden.

Kranken- sowie Reiseunterstützung wird Schulstraße 7 ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Hof. Unser Bureau befindet sich jetzt Ottostraße 11, part.

Die Ortsverwaltung.

Jahnsdorf i. E. Unseren Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß nach Schluß des 2. Quartals 1908 sämtliche Mitgliedsbücher durch den Unterkassierer Ewald Clauß eingezogen werden. Alle rückständigen Steuern sind bis dahin zu begleichen. Ferner sei hiermit bekanntgemacht, daß sich alle Kranken und Arbeitslosen beim Unterzeichneten zu melden haben. Wer arbeitslos ist, hat auch Gelegenheit, seine Marke im Bureau kleben zu lassen. Krankengeld wird nur Mittwochs von 11—2 Uhr sowie Sonntags von 10—1 Uhr ausbezahlt. Die Ortsverwaltung.

Ernst Dietz, Bevollmächtigter.

Limbach i. Sa. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, und zur Abnahme durch die Unterkassierer zwecks Abstempelung bereit zu halten. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche Sonntags öfter abwesend sind, werden aufgefordert, die Bücher zu Hause bereit zu legen.

Der Geschäftsführer.

Ohligs. Der Vorsitzende Wilhelm Brückner wohnt jetzt Ellerstraße 11. Der Kassierer Wilhelm Ufer wohnt Weststraße 23. Auszahlung von Unterstützung abends von 7—8 Uhr. Ferner werden die Mugliedern ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen, da dieselben nach dem 1. Juli eingezogen werden sollen.

Plauen. Der Weber Emil Gröbel, geb. 24. 4. 83 zu Falkenau, wird ersucht, die von ihm quittierte Reiselegitimation, ausgestellt in Kassel, auf welche er 3 Mk. Reiseunterstützung in Plauen erhoben hat, und die er wohl versehentlich wieder eingesteckt hat, an den Unterzeichneten einzusenden. Die Funktionäre werden ersucht, den Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Hugo Rödel, Plauen, Gewerkschaftshaus.

Ronsdorf. Sämtliche Sendungen sind vom 1. Juli dieses Jahres an direkt an den Geschäftsführer Otto Riedel, Breitestraße 31, zu richten. Das Bureau ist geöffnet von morgens 9 bis 12½ Uhr mittags und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

Mittwoch nachmittag bleibt das Bureau geschlossen. Krankengeld wird Samstag, die Reiseunterstützung während der Bureaustunden ausbezahlt.

Spremberg. Dem Kollegen Ernst Gärtner, Buchnummer 354 091, eingetreten 20. 7. 07 in Spremberg, ist sein Buch abhanden gekommen. Bei etwaigem Auftauchen wolle man dasselbe einbehalten und an mich einsenden.

R. Gutberlet, Geschäftsführer.

Triebes. Vom 1. Juli an befindet sich unser Geschäftszimmer Poststraße 13. Alle Sendungen sind dorthin zu richten. Kranken- und Reiseunterstützung wird vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr ausbezahlt. Montags bleiben die Geschäftszimmer geschlossen, doch können dringende Angelegenheiten erledigt werden. Ferner werden die Mitglieder ersucht, jeden Wohnungswechsel der Ortsverwaltung sofort zu melden. Kranken- und Arbeitslosenmarken werden nur im Geschäftszimmer geklebt und jedes Mitglied hat sich sein Buch dort in Ordnung bringen zu lassen. Die Ortsverwaltung.

Vegesack. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Johann Bresler, St.-Nr. 412 223, geb. am 21. Oktober 1887 in Krysanowitz, eingetreten den 24. Februar 1908 in Vegesack, ist verloren gegangen. Bei etwaigem Auftauchen dieses Buches wolle man dasselbe an die Geschäftsstelle, Langenstraße 30/31, gelangen lassen.

Wilhelm Grund, Geschäftsführer.

Weida i. Th. Wir machen unsere Mitglieder wiederholt darauf aufmerksam, daß Krankengeld nur Sonntagnachmittags von 1 bis 2 Uhr unter Vorlegung des Krankenscheines und des Mitgliedsbuches beim Kassierer O. Schricker, Gabelsbergerstraße 1, II, ausgezahlt wird. Ferner muß jeder Krankheitsfall und jede Arbeitslosigkeit sofort beim Kassierer oder Unterkassierer gemeldet werden. Dasselbe gilt auch in bezug auf jeden Wohnungswechsel. Die Ortsverwaltung.

Vom 7. bis 21. Juli dieses Jahres wolle man keine Gelder an

Paul Wagener

senden, da derselbe von Berlin abwesend sein wird.

D. O.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Barmen. Karl Müller, 47 Jahre alt — Lungenkrankheit.
Buchholz-Annaberg. Albert Weiß, Färbereiarbeiter, 40 Jahre alt — Selbstmord.
Chemnitz. August Weisbach, Spinner, 62 Jahre alt — Herz- und Lungenleiden; Otto Georgie, Weber, 53 Jahre alt — Blinddarmentzündung.
Frankenberg. Paul Emil Beier, 28 Jahre alt — Lungenbluten.
Gera. August Trillitzsch, 61 Jahre alt — Kehlkopfleiden; Luise Bagehorn, 43 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
Grefrath. Am 25. Juni Frau Rudolf Blum — Wochenbett.
Hainichen. Anna Zschunke, 42 Jahre alt — Herzschlag.
Markirch. Am 23. Juni Albert Reinhardt, 21 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
Meerane. Auguste Nagel, Weberin, 42 Jahre alt.
Plauen i. V. Wolf Härtel, 28 Jahre alt — Mord.
Reichenbach i. Schl. Pauline Hermann, 31 Jahre alt — Proletarierkrankheit.
Spremberg. Am 19. Juni O. Maltusch, 42 Jahre alt — Lungenentzündung.
Zittau. Martha Scheffel, 41 Jahre alt — Blutvergiftung.

Ehre ihrem Andenken!

Streikfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streik befinden sich bezw. sind ausgesperrt:

Weber in:

Aachen (Jos. Königsberger).
Salza (Bergener u. Geist).

Wirker in:

Thalheim, Gornsdorf und im ganzen Erzgebirge.

Handdrucker in:

Penig (A. Glaser).
Warnsdorf (Böhmen) [Werner jun.]

Cord- und Nesselweber in:

Viersen (Pangs u. Zahn).

Spitzenweber in:

Zwickau i. Sa. (Landmann u. Hellwig).

In Bewegung ohne Streik befinden sich

Teppich- und Plüschweber in:

Berlin (wegen verkürzter Arbeitszeit und angedrohter Lohnreduzierung.)

Weber in:

Goldmühl i. Oberfranken (J. W. Eck).
Langenbielau (Karl Postpischil).
Aachen (wegen des Zweistuhlsystems).
Spremberg (F. W. Heinze).

Gummibandweber in:

Großröhrsdorf (G. Boden u. Söhne).

Versammlungskalender.

Altenburg. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im „Kronprinz" (Neue Welt).
Auerbach i. V. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im „Bürgergarten", Klingenthaler Straße.
Augsburg-Lechhausen. Sonnabend, 11. Juli, beim Kirchenwirt.
Berlin. Zentralzahlstelle: Jeden Donnerstag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschke, Blumenstraße 38: **Zahltag.**
Berlin. Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwach, Stralauer Allee 20a: **Zahltag.**
Berlin. Zahlstelle: Rüdersdorferstr. 18, bei **Bittner.**
Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Bie, Alte Jakobstr. 119: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Moßler, Landsbergerstraße 115: **Zahltag.**
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30: **Zahltag.**
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Z. Stackowiack, Marchstr. 23: **Zahltag.**
Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gotzkowskystr. 24, bei **Keil.**
Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: **Zahltag.**
Blombacherbach. Sonntag, 12. Juli, nachmittag 1½ Uhr, bei Hermann Häger.
Bunzlau. Sonnabend, den 18. Juli, in der „Fichte".
Coesfeld. Sonnabend (Samstag), 11. Juli, abends 8½ Uhr, bei Grote, Kupferstraße.
Düsseldorf. Sonnabend (Samstag), 11. Juli, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.
Einbeck. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schusterkrug".
Eisenberg. Sonnabend, 11. Juli.
Freiberg. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, in der „Union": **Zahltag.**
Füssen. Jeden Sonntagvormittag 10 Uhr im „Lamm": **Zahltag.**
Göppingen. Freitag, 10. Juli, abends 9 Uhr, bei M. Schlenk: **Quartalsversammlung.**
Hohenlimburg. Sonntag, 12. Juli, nachm. 4 Uhr, bei Heinrich Knapp, Wesselbach.
Itzehoe. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Franz Lucht.
Kamenz i. S. Dienstag, 14. Juli: **Zahltag.**
Langenfalza. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schloßkeller".
Markt-Redwitz. Sonnabend (Samstag), 11. Juli, bei Gustav Lang („Zentralhalle").
München. Sonnabend (Samstag), 11. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant Dall-Armi, Frauenplatz 6 I.
Neudamm. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof".
Niederschöneweide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Straße 5: **Zahltag.**
Nürnberg. Sonnabend (Samstag), 11. Juli, im „Blauen Pfau", Neuegasse 3.
Oederan. Sonntag, 12. Juli, abends 8 Uhr, in der „Erholung": **Zahltag.**
Oelsnitz i. V. Donnerstag, 9. Juli, abends 8½ Uhr, im „Norddeutschen Hof".
Pößneck. Freitag, 10. Juli, im „Rittergarten".
Schlotheim. Sonnabend, 11. Juli.
Sommerfeld. Montag, 13. Juli, abends 8½ Uhr, im „Kurfürsten-Saal".
Sorau. Sonnabend, 11. Juli, in der „Eile".
Treuen i. V. Sonnabend (Samstag), 11. Juli.
Wermelskirchen. Sonntag, 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Voß, Telegraphenstraße.
Zeitz. Sonnabend, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im „Felsenkeller", Fabrikstraße.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Achtung! Oelsnitz i. V. Achtung!

Textilarbeiterverband Filiale Oelsnitz i. V.

Donnerstag, den 9. Juli 1908, abends ½9 Uhr:

Versammlung

im Hotel „Norddeutscher Hof".

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Referat über Kongreßbericht. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, in der Versammlung zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Weida.

Dienstag, den 7. Juli, abends ½9 Uhr:

Versammlung im Schützenhaus.

Wir erwarten, daß zu dieser wichtigen Versammlung jedes Mitglied erscheint.

Die Verwaltung.

Die Filiale Leipzig sucht einen weiteren **Geschäftsführer.**

Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mark. Kollegen, welche bereits einen derartigen Posten bekleiden, werden event. nach ihrem bisherigen Gehalt bezahlt. Rednerisch und agitatorisch befähigte Kollegen, welche drei Jahre dem Verband angehören und seit dieser Zeit politisch organisiert sind, können mit Angabe über ihre bisherige Tätigkeit Gesuche bis 18. Juli dieses Jahres an die Adresse des Kollegen **Moritz Hermsdorf,** Leipzig-Klein-Zschocher, Baumannstr. 7, I. Etg. mit der Aufschrift: „Geschäftsführer-Gesuch" einsenden. Erwünscht ist eine Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers.

Die Kommission.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Montag, den 6. Juli.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.